

Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 3. Reichsmark voraus zahlen. Unter Kreuzband für Deutschland, Preußen, Ost- und Westpreußen, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Witz und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Witz in die Wälderwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Nonpareilzeile 20 Pfennig. Reklamazeile 5. — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettdruckte Wort 25 Pfennig (aufwärts zwei fettdruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenaufnahme das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 50 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 68, abgegeben werden. Geschäft von 2 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 5. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskonto: Berlin 27 534 - Kontokorrent: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Postfach 1000, Berlin 1.

Vor der Abstimmung.

Landsbergs Angriffsrede. — Reudell der Kappist, oder die Schlacht bei Zäckerick.

Die erste große Redeschlacht um den Bürgerblock neigt sich zum Ende. Heute um 11 Uhr soll nach als zweiter Redner des Zentrums Stegerwald sprechen, der vor drei Wochen in Köln erklärte, er ziehe die Reichstagsauflösung einer Rechtsregierung vor. Es folgen einige Redner der kleineren Fraktionen, und dann soll, wie man annimmt, in den frühen Nachmittagsstunden abgestimmt werden. Zu den mannigfachen Mißtrauensanträgen hat sich ein Antrag der Regierungsparteien gefügt: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.“ Unterzeichner: Graf Westarp, v. Guérard (die Freunde von gestern), Scholz und Reich.

Die Annahme des Antrags ist gesichert, wenn die Fraktionen der Regierungsparteien zusammenhalten. Birth ist bisher der einzige Zentrumsmann, von dem man weiß, daß er entschlossen ist, der Regierung des Mißtrauensantrags das Vertrauen zu verweigern. Sollten außerdem einige Mitglieder des Zentrums oder der Deutschnationalen Partei sich in die Reihe schlagen, dann könnte allerdings das Ergebnis zweifelhaft werden.

Die Wirtschaftspartei wird sich mit ihren 21 Stimmen bei dem Vertrauensantrag — über den zuerst abgestimmt wird und durch dessen Annahme die Mißtrauensanträge erledigt sein würden — enthalten. Es bleiben 110 Deutschnationale, 51 Deutsche, 19 Bayerische Volksparteiler und 68 Zentrumsleute, macht 248 — genau eine Stimme über die absolute Mehrheit. Zur Opposition stehen 224 Abgeordnete, wobei allerdings zu bedenken ist, daß die Bänke der Kommunisten und der Völkischen meist schlecht besetzt sind.

Obwohl also für diese erste Abstimmung ein Sieg der Regierung wahrscheinlich ist, sah man gestern in der sozialdemokratischen Fraktion nur vernünftige Gesichter. Zunächst war es die Demütigung der Deutschnationalen durch den Zentrumsführer v. Guérard und durch die folgende entschuldigende Erklärung des Grafen Westarp, die diese behagliche Stimmung hervorrief. Auch die Rede des Demokratenführers Koch wirkte durch ihre oppositionelle Entschiedenheit auszeichnet. Dann aber war es die glänzende Rede unseres Genossen Landsberg, die das Haus in Spannung hielt und zum Schluß den stürmischen Beifall der Linken auslöste. Sie bedeutete einen moralischen Sieg der Opposition, errungen durch geistige Überlegenheit. Mit dieser Rede hat die deutsche Arbeiterschaft den „Siegern“ auf der Rechten ihre ganze Verachtung und ihren ganzen Zorn ins Gesicht geschleudert und ihnen den allerhöchsten Kampf angelegt.

Landsbergs Angriff traf mit besonderer Wucht einen Mann der bleich auf der Ministerbank saß, den neuen deutschnationalen Innenminister v. Reudell. Man hat wenig von diesem Mann gewußt, der aus der politischen Verborgenheit auftauchte, als durch den Fall Graef eine Lücke entstand. Von Landsberg erfuhr man, wer er ist — ein im Jahre 1920 gemahregelter preussischer Landrat, der sich im März jenes Jahres auf die Seite der Kapp-Regierung geschlagen hatte. Der Erregung, die diese Enthüllung hervorrief, folgten Stürme der Heiterkeit, als Landsberg die militärische Vorbereitungen schilderte, die v. Reudell damals mit seinen 20 Gendarmen und Landjägern getroffen hatte, um bei Zäckerick einer nur in der Phantasie existierenden „Roten Armee“ ein Treffen anzubieten.

In seiner Antwort gab v. Reudell zu, daß er als Landrat wegen seines Verhaltens im Kapp-Putsch gegangen worden ist. Er will nur nicht in direkter Fühlung mit Kapp gestanden und von seinem vorgehenden Regierungspräsidenten die Weisung erhalten haben, für die amtliche Weiterverbreitung der ihm von der Kapp-Regierung durch die örtliche Reichswehrbrigade zugesandten Kundgebungen zu sorgen. Dazu ist zu bemerken, daß v. Reudell derartige Weisungen von seinem Regierungspräsidenten nicht erhalten hat. Höchstens kann sie der Oberregierungsrat Keller in Frankfurt a. d. O. gegeben haben, dessen Rolle im Kapp-Putsch ziemlich dunkel ist.

Uns liegen die Kundgebungen der Kapp-Regierung, die auf dem Wege über die Reichswehr nach Königsberg (Neumark) gelangt sind, vor. Sie sind alle mit der Weisung des Landrats versehen, sie weiterzuerweitern. Eines dieser Dokumente sei hier wiedergegeben. Als die Putschregierung in ihren letzten Tagen lag, verbreitete sie bekanntlich die Schwindelnachricht, daß sich die rechtmäßige Regierung mit ihr

„geeignet“ habe. Auch diese letzte Lügendepesche wurde vom Landrat v. Reudell treu und bieder weitergegeben. Hier ist sie: 140. Königsberg/Neumark, 17. März 1920. Telegramm aus Frankfurt a. d. Oder.

Einigung zwischen alter und neuer Regierung ist erzielt. Alte Regierung ist mit den gestellten Bedingungen im wesentlichen einverstanden.

Reichswehrbrigade V. 5. 1. R. Nr. 1024.

Veröffentlicht: Die Ortsbehörden des Kreises ersuche ich um Weiterverbreitung. Der Landrat, v. Reudell.

Daß die preussische Regierung auf das Verbleiben dieses Landrats im Amte nach solchen Leistungen kein Gewicht mehr legte, versteht sich von selbst. Jetzt beruft sich v. Reudell darauf, daß damals gegen ihn kein Verfahren eröffnet worden sei. Ja, leider hat auch er zu den Kappisten gehört, die man ungehorsam laufen ließ!

Und heute ist dieser Mann — der noch immer erklärt, unter denselben Umständen würde er wieder handeln wie damals — Reichsminister des Innern und berufen, die Verfassung der Republik zu schützen!

Eine kommunistische Interpellation will übrigens außerdem noch wissen, daß derselbe Herr v. Reudell noch im Sommer 1924 eine Abteilung der verbotenen „Olympia“ auf seinem Gute beherbergt habe, wo sie von einem Reichswehr-offizier ausgebildet worden sei.

Heute werden die Deutschnationalen eine Regierungserklärung „billigen“, die der republikanischen Verfassung Treue gelobt. Auf die Ministerbank aber haben sie als Schüler dieser Verfassung einen alten Kappisten gesetzt! Dort sitzt er jetzt zwischen Marg und Köhler!

Ueber dem Schicksal des Bürgerblocks waltet, wie es scheint, ein grimmgiger Humor. Heute wird das Zentrum mit der übrigen Regierung auch dem Kappisten v. Reudell das Vertrauen aussprechen. Das ist der vorläufige Höhepunkt dieser Groteske, aber noch nicht ihr Ende.

Die Rede Landsbergs.

Als der Reichstag gestern nachmittag nach einer Pause von einer Stunde wieder zusammentrat, erhielt zunächst Genosse Landsberg das Wort. Seine trefflichen Ausführungen bildeten den Höhepunkt der Debatte, über die wir in der zweiten Beilage berichten.

Genosse Landsberg führte aus: Wir haben schon manche Koalitionsbildung erlebt. Aber daß eine Koalition unter solchen Bewitterungsbedingungen begonnen hat, wie wir es heute gehört haben, das ist trotz Ben Affiba noch nicht dagewesen. (Zuruf rechts: Ein gutes Zeichen für ihre Halbarkeit!) Ich habe kein großes Interesse an der Haltbarkeit dieser Koalition. Wenn die einzelnen Parteien dieser Koalition ihr Vertrauen oder ihr Vertrauen gegeneinander hier zum Ausdruck bringen würden, dann ist es sicher, daß sie sich ihr Vertrauen gegenseitig nicht ausgesprochen hätten. Nach der Rede des Abg. Guérard hätten wir eigentlich erwartet, daß aus den Reihen der Koalitionsparteien ein Vertrauensantrag eingegangen wäre, damit die Zimmermeister der Koalition in eine Prüfung darüber eintreten könnten, ob das Gebälk noch halte, denn es scheint schon einigermaßen erschütterter zu sein. (Zuruf rechts: Es hat nur gefinstert!)

Die Deutschnationale Wandlung.

Mit der Rede des Grafen Westarp war im ganzen Hause nur der Abg. Dr. Scholz einverstanden. Wir haben dankbar davon Kenntnis genommen, daß der Abg. Dr. Scholz jemanden, der die Außenpolitik betreibt, die die Partei

An die Partei!

Der Bürgerblock regiert! Einer Weisung des Reichspräsidenten folgend, hat sich die Reichstagsfraktion des Zentrums mit den Fraktionen der Rechten zu einer Regierungskoalition der bürgerlichen Parteien vereinigt. Wie im alten Obrigkeitsstaat ist auch jetzt wieder die Sozialdemokratie, die Vertreterin der Lohn- und Gehalt empfangenden Schichten, von jedem direkten Einfluß auf die Reichsgeschäfte ausgeschlossen. Die Parteien der Arbeitgeberverbände, des Großkapitals und des Großgrundbesitzes halten das Heft in der Hand.

Die Sozialdemokratische Partei war in der Republik, deren Grundlagen sie geschaffen und gesichert hat, bereit, ihren Anteil an der Verantwortung zu übernehmen und mit anderen Parteien gemeinsam positive Arbeit zu leisten. Die Deutsche Volkspartei jedoch — nach dem Ausspruch des Zentrumsführers Stegerwald „das Reaktionsärste was es gibt“ — hat alle Versuche, eine Regierung des Ausgleichs und der Verständigung zu schaffen, zielbewußt zerschlagen. Die Errichtung einer Klassenherrschaft in schärferer Form war ihr Ziel. Schließlich hat der Wille Hindenburgs für die Schaffung des Bürgerblocks den Ausschlag gegeben.

Gegen diese Regierung rufen wir zum Kampf. Wir werden uns durch ihre Erklärungen nicht blenden lassen. Worte vermögen nicht darüber hinwegzuläuschen, daß durch die Schaffung des Bürgerblocks die Klust der Klassengegenstände vertieft worden ist und daß das Besitzbürgertum regiert.

Die Deutschnationale Partei hat über ihr Verhalten zur Republik, zur Außenpolitik und zur Sozialpolitik Versprechungen abgegeben, die sie selber nicht ernst nimmt und die sie nicht halten wird. Die Politik der Verständigung mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern, der Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes in Europa, der die Sozialdemokratie den Weg gewiesen hat, ist bedroht. Die Schule soll in den Machtbereich der Kirche gestellt werden. Fragen der Arbeitszeit, des Arbeiterschutzes, der Arbeitslosenversicherung sollen von einer

Koalition entschieden werden, in der die Arbeitgeber dominieren, der Einfluß der Arbeitnehmer aber gleich Null ist. Mitleidern soll die Vertretung des Großgrundbesitzes, der Landbund, dessen Wirken auf eine ständige Verteuerung des Lebensbedarfs der Massen gerichtet ist.

Politische und soziale Kämpfe von größtem Umfang sind die unvermeidliche Folge dieses Systems.

Soll sich das arbeitende Volk in diesen Kämpfen siegreich behaupten, dann muß es einig und geschlossen in sie eintreten. Es stünde heute schon um seine Sache besser, wenn seine Kraft nicht durch die kommunistische Spaltungsarbeit geschwächt worden wäre. Hindenburg hat die Regierung des Bürgerblocks geschaffen. Hindenburg verdankt aber den Kommunisten seinen Sieg. Und wie stets führen die Kommunisten auch heute noch ihren Kampf nicht gegen die bürgerlichen Klassengegner des Proletariats, sondern gegen die Sozialdemokratie. Sie machen sich damit zu Bundesgenossen der schlimmsten Arbeitseinde.

Die Sozialdemokratische Partei wird allen Verwirrungsversuchen zum Trotz ihren Kampf gegen den Bürgerblock führen nach den Regeln, die sie als die richtigen erkannt hat. Um ihre Fahren werden sich alle scharen, die eins mit ihr sind in der Überzeugung, daß in der deutschen Republik für eine politische Klassenherrschaft des Besitzes kein Raum mehr sein darf. Nicht zum ersten Male erlebt sie, daß unter der Parole der bürgerlichen Sammlung zum Kampf gegen sie aufgerufen wird. Stets aber stand noch am Ende jeder bürgerlichen Sammlung der Zerfall — für die Sozialdemokratie aber ein neuer Sieg.

Vor dem Sieg steht der Kampf. Genossinnen und Genossen, Ihr werdet ihn mit dem Aufgebot aller Kräfte führen. Jetzt, Ihr fühlt es alle, muß es vorwärts gehen! Jetzt erst recht!

Sorgt für politische Aufklärung! Stärkt eure Partei! Werft für eure Presse!

Nieder mit dem Bürgerblock! Hoch die Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand.

des Herrn Scholz erst Jahre später als richtig erkannt hat, des Verantwortungsgedächtnisses für ledig erklärt. Jemand, der soviel Zeit zum Untertanen gebraucht hat, sollte nicht den Ehrgeiz haben, sich aufs hohe Pferd zu setzen und anderen Leuten, die sehr viel früher sich richtig eingestellt haben, den Vorwurf der politischen Verantwortungslosigkeit zu machen.

Es hat jahrelang gedauert, bis die Fraktion des Herrn Dr. Scholz zur Politik der Verständigung gelangt ist.

In der Deutschen Nationalversammlung hat zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei nur etwa der Unterschied bestanden, wie er früher zwischen Füssleren und Russeleeren bestanden hat. (Heiterkeit.)

Graf Westarp hat sich gestern zu der Forderung einer sachlichen Kampfesweise bekannt. Wir wollen das als Versprechen für die Zukunft betrachten. Ich glaube, daß über dieses Versprechen insbesondere Herr v. Lindener-Wildau außerordentlich erregt sein wird. (Heiterkeit.) Graf Westarp hat aber diese Sachlichkeit auf der Gegenseite abhängig gemacht. Wir kämpfen immer sachlich, ohne Rücksicht darauf, wie sich der Gegner verhält. Daß da, wo Holz gehauen wird, auch Späne fallen, gebe ich zu. Aber wenn jemand von Ihnen (nach rechts) das Unglück gehabt hätte, von einem politischen Reuechelmörder angefallen zu werden, dann würde kein sozialdemokratisches Blatt von einem „Attentat mit der Ristiersprache“ schreiben. Wie ist es aber bei Ihnen?

Hat nicht jede Abweichung in der politischen Meinung Ihrer Presse genügt, einen anderen ehrlos und Verräter zu nennen?

Noch am 19. September vorigen Jahres hat der fromme „Reichsbote“ geschrieben:

„Mit dem Begriff deutscher Nationallehre hat es nach dem Eintritt Dr. Stresemanns in Genf aufgehört.“ (Hört, hört!)

Etwas Schlimmeres kann man einem Staatsmann nicht zum Vorwurf machen. Zeigen Sie mir ein sozialdemokratisches Blatt, das einen ähnlichen ordinären Ausfall gemacht hätte. Und mit einem Manne, der die deutsche Ehre preisgegeben haben soll, sind Sie (nach rechts) jetzt in eine Koalition getreten. Die Art und Weise, wie Sie jeden politischen Gegner angegriffen haben und wie das von Ihrer Presse geschehen ist, das ist nicht nur beispiellos in deutschen Landen, sondern in der ganzen Welt. (Sehr wahr!) Blomberg hat einmal gesagt, daß anständige Menschen für ihn nicht schreiben. Dieses Empfinden müßten Sie (nach rechts) eigentlich auch haben.

Die Linke weiß, daß sie in dem jetzigen Reichspräsidenten keinen Parteifreund hat. Aber von einem einzigen Falle abgesehen, ist mir kein ordinärer Anwurf gegen den jetzigen Reichspräsidenten bekannt geworden. Dessen Freue ich mich, denn der Präsident der deutschen Republik, welchem Parteifreund er auch angehört, ist für uns der Repräsentant dieses Staates, dem unser ganzes Herz gehört. Und der eine Fall, den ich erwähnte, war ein geschmackloses Gedicht, das in einem sogenannten kommunistischen Witzblatt erschienen war. Aber hierbei ist für Kompensation gesorgt worden. Dieses Witzblatt wird gedruckt in dem gut deutschnationalen Hause Wäddele in Berlin. (Hört, hört! links. Abg. Baverrenz [Dnall.] ruft: Das stimmt ja nicht, der Mann ist ja nicht deutschnational.) Das Verhalten dieses Mannes ist allerdings echt deutschnational. Er hat nämlich nachträglich erklärt, daß er keine Kenntnis von dem Gedicht gehabt habe, weil er sich nicht um alle Auszüge kümmern könne. Außerdem habe er aber den Auftrag der Kommunisten angenommen, weil seine Arbeiter nichts anderes zu tun gehabt hätten. (Heiterkeit.)

Was hat die deutschnationale Partei bisher erreicht? Der Reichspräsident hat im Dezember nicht die stärkste Partei zur Regierungsbildung herangezogen und nicht die Partei, die das Vertrauensvotum eingebracht hat, sondern den Wunsch nach Bildung eines rein bürgerlichen Kabinetts ausgeführt. Haben die Deutschnationalen sich bei dieser Gelegenheit nicht an einen parlamentarischen Vorgang erinnert, der erst kaum zwei Jahre alt ist? Im Mai 1925 hat die deutschnationale Fraktion, die damals 4 bis 5 Mitglieder mehr hatte als die Sozialdemokratie, darauf ihren Anspruch begründet, als stärkste Partei vom Reichspräsidenten mit der Bildung der Regierung beauftragt zu werden. Und im Reichstag hat Graf Westarp es damals als einen Verfassungsverstoß hingestellt, daß die größte Partei mit der Regierungsbildung betraut werden müsse. Als Reichstanzler Marx sich dagegen verwahrte, daß eine solche Rüttung zur Heranziehung der größten Partei bestünde, da erhob sich da drüben der Ruf: Unerhör! (Heiterkeit.)

Berlin.

Studien von Hans Heinrich Strätner.

Parteienarr.

Lacht doch, Leute, lacht mehr, lacht mehr, wenn ihr nicht lacht, verliert ich mein Brot. Was seht ihr nur immer in meine Augen, es fallen die Lippen doch tolle Scherze, bin der lustigste Narr auf der Welt, frage das bunteste Karrenkleid, stecke voll Witz und prührender Boshheit, lasse mich schlagen, wenn's euch gefällt. Lacht doch, Leute, lacht toll über mich und seht nicht immer in meine Augen. Was kümmern sie euch? Lacht... lacht! Wenn ihr nicht lacht, verliert ich mein Brot.

Blinder Bettler.

Regen, Regen, den ganzen Tag, alles wird grau und düster sein, schlurfende Schritte, eintönig dumpf, Rebel erblindet die Menschen. Fühle jetzt einen Atem nach und ein Gedächtnis in der Nähe. Knistert Seine vorbei, vorbei... Alles flimmert um das liebe Wesen, als wenn Sonne grell auf meine Augen schiene. Ich weiß ja nichts von blonden Haaren, roten Lippen und der Schulkern Eisenstein. Habe nie ein Weib gesehen, nie über einen Frauenleib getastet, aber in mir ist ein Bild, schön wie Gottes Traum, als er die Welt erschuf.

Porträt eines Fatalisten.

Gestern führte mich der Weg in Pasterhöhlen, wo geile Lust an allen Tischen hoch, heut trug er mich in einen Dom, morgen werde ich vielleicht mit einem Bettler an der Straße sitzen, an Gefängnistüren klopfen oder fromme Palmen dichten. Manchmal schüttle ich den Kopf verwundert, aber frage nie nach einem Grunde, überlasse mich der Strömung und der Stunde und treibe ich einst fort vom Leben und bricht die Scholle unter mir, ich werde nur lächeln können.

Der Fensterhüter.

Ich gähne und gähne. Was soll ich denn anders tun? Mauern stützen mich, bis ein Schuyman kommt. Du lieber Gott, wie bunt ist deine Welt, aufgeleitet jede Straße! Ich lasse nur noch, bin nicht besoffen. Das Fallen kommt vom leeren Magen. Wenn ich nur wüßte, was ein Sperling weiß, wenn er Pferde sieht.

Dine.

Du — ein weißes Weib unter einem Muttergottesbilde. Da löste in milder Mondesnacht ein Mann deine seidenen Haare. Färbte sich der Himmel rot, übergoß dich bleiche Blume scharlachrot mit lüdnigen Blut. Wuchs aus zarten Keise Sehnsucht, sprang Männern gierig zu. Vießest dich als roter Lohn in sommergelber Feder pflanzen. Manchmal strichst dein heißer Odem hin zum Muttergottesbilde und lacht lästern über eine Stelle, wo einst eine Kette stand.

Und heute spricht man seine Befriedigung darüber aus, daß die stärkste parlamentarische Partei von der Regierungsbildung ausgeschlossen wurde, weil man selbst den Vorteil davon hat.

Benignitäts in diesem Punkt haben sie ihren alten Standpunkt aufgegeben. Wir brauchen uns darüber nicht zu wundern, denn Ihre (nach rechts) Weltanschauung ist eben rein egozentrisch. Daß im alten Staat die Republikaner von der Regierung ausgeschlossen waren, das erschien Ihnen als selbstverständlich. Aber daß in der Republik monarchistische Republikaner oder gar nur Monarchisten in der Regierung sitzen, das ist Ihnen ebenso selbstverständlich. Wir würden es bedauern, wenn ein Mann, dessen Titel auch auf politische Autorität Anspruch hat, ausgeschaltet würde von den Einwirkungen auf die deutsche Politik. Man kann gegen den Brief des Reichspräsidenten, der die Bildung der jetzigen Regierung zur Folge gehabt hat, einwenden, sei nicht Sache des Reichspräsidenten, die Richtlinien der deutschen Politik zu bestimmen. Aber wir denken nicht daran, diesen Satz zu unterschreiben und dadurch dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei die Verantwortung abzunehmen, die sie zu tragen haben. Hätten diese Parteien erklärt, wir sehen andere Möglichkeiten zur Regierungsbildung als die

Auf in den Sportpalast!

Das schaffende Berlin demonstriert gegen den Bürgerblock! — Donnerstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, veranstaltet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Sportpalast, Potsdamer Straße 72, eine

Massenkundgebung

gegen die drohende politische, soziale, kulturelle Reaktion! Heraus zum Protest! Zeigt der Regierung des Bürgerblocks, wie das schaffende Volk Berlins zu ihr steht!

Bürgerverband Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bildung eines Bürgerblocks und hätten sie darauf bestanden, in der ihnen als richtig erscheinenden Weise die Krise zu lösen, dann hätte der Reichspräsident eben nachgeben müssen und er würde nachgegeben haben.

Bürgerblock gegen Arbeiterschaft.

Nun hat Herr Guérard davon gesprochen, daß die Rede des Abg. Scheidemann bedauerlich gewesen wäre. Aber wir wissen ganz gut, daß Herr Dr. Scholz Ihrem (nach Zentrum) Parteifreund Udenauer schon zu einer Zeit, wo noch nicht an die Rede Scheidemanns zu denken war, seine Abneigung gegen die Große Koalition zum Ausdruck gebracht hat. Und wenn die Rede des Grafen Westarp die jetzige Koalition nicht zerschlägt, dann hätte sich mit der Rede Scheidemanns auch die Große Koalition machen lassen. (Heiterkeit.)

Auch ohne diese Rede würde die Deutsche Volkspartei die Große Koalition gar nicht gemacht haben. Diese Rede ist auch gar nicht der Grund. Etwas anderes ist es aber mit einem anderen Punkt in dem Schreiben des Reichspräsidenten, in dem die bürgerlichen Parteien in Gegenstand gestellt werden zu den Linksparteien. Ich dachte immer, seit dem August 1914 gebe es keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. (Heiterkeit. Ruf von rechts: Werden Sie doch deutschnational!)

Ich sage ja nicht, daß Sie Sozialdemokrat werden sollen, denn uns liegt nichts an Ihnen. (Heiterkeit.)

Das Entschuldigende an dem Briefe ist, daß von bürgerlichen Parteien im bewußten Gegensatz zur Sozialdemokratie die Rede ist, daß also in der neuen Regierung keine Vertreter der Linksparteien sitzen sollen. Es ist ihr zur besonderen Pflicht aufgelegt worden die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren. Wir haben also recht, wenn wir diese Regierung als eine Regierung des Bürgerblocks bezeichnen.

Dieses Wort ist ja nicht zuerst von uns geprägt worden, sondern der Redner der Zentrumsfraktion, Dr. Wirth, hat eine solche

Selbstmörder.

Bahnsturm nagt an meinem Hirne. Gedanken bröckeln leise ab. Nachts im Traume merk ich's deutlich, wo mein Weg zu Ende geht. Wirre Bilder hängen nördlich wie Peitschen über meinem Bett, zerfetzte, verzerrte Bilder vom Tage. Viele Nervenfäden hängen, zerrissen, ausgerenkt im Hirn, die anderen zucken stündlich: schief dich tot!

Großstadtdichter.

Bin voller Gesichte, ausbrechend aus chaotischen Gründen, nach Gestaltung schreiend. Hier ausgehungerten Leibes reißt mich aus Geburtswehen vor stumpfe Fronarbeit. So stehe ich am Pulse, von morgens bis abends, addiere Zahlen in großen Büchern. Bin von Gesichten schwer und schreite gebückt wie schwangere Frauen, fessele, dämpfe den Ausschrei leidender Kreatur, will nicht Erlösung durch Totgeburt.

Plötzlich bricht Werk aus mir, die Zahlen auf meinem Pulse tanzen, Wände schieben sich auseinander, ich schreie gegendelt glücklich durch Tage und Nächte, gebäre... Und liege entkräftet, fiebernd und fröstelnd in armer Vorstadtkammer. Bin ohne Arbeit, bin ohne Geld, muß meine großen Gesichte verkaufen. Gräßliches Opfer vor dem Rachen des Hungers.

Der Kultusminister über die Pestalozzi-Stiftung. Am 17. Februar wird an allen preussischen Schulen das Andenken Johann Heinrich Pestalozzis gefeiert werden. Im Zusammenhang hiermit veröffentlicht der preussische Kultusminister seinen „Aufruf für die Pestalozzi-Stiftung“, in dem er die Bevölkerung auffordert, in Pestalozzis Sinne „eine Arbeit zu beginnen, die unserer Zeit so not tut wie die Pestalozzis Werk den Kindern seiner Zeit“. Wie der Antikliche Preussische Pressebericht den Ausführungen des Ministers entnimmt, wird zugunsten einzelner hervorragender begabter minderbemittelter junger Menschen die Pestalozzi-Stiftung als Stiftung des öffentlichen Rechtes errichtet. Sie soll ihnen während ihrer Schulzeit in den öffentlichen und privaten Volks-, mittleren und höheren Schulen über wirtschaftliche Schwierigkeiten, die der Entfaltung ihrer Anlagen im Wege stehen, planmäßig hinweghelfen. Diese Hilfe wird auch den werdenden Lehrern aller Schularten während seiner beruflichen Ausbildung durch die Stiftung zuteil. Die Stiftung unterstützt ohne jede Rücksicht auf Herkunft, Bekenntnis und politische Gesinnung, sie soll, von einem aus Sachverständigen bestehenden Vorstand sachverständig geleitet, im Kuratorium und in der Generalverwaltung der Spender Vertreter aller beteiligten Lehrer-, Eltern- und Verwaltungskreise zu gemeinsamer Arbeit vereinigen. Die Generalverwaltung der Spender besteht aus den Persönlichkeiten und Vertretern derjenigen Verbände und Körperschaften, die sich zur Errichtung laufender Jahresbeiträge von mindestens 500 M. verpflichtet haben. Sie wählt ihre Vertreter in das Kuratorium und in den Vorstand. Der preussische Finanzminister hat der Stiftung 75000 M. zur Verfügung gestellt. Die dem Kultusminister vom Reichsminister des Innern für Erziehungsbefähigen an Schüler allgemein bildender Schulen jährlich

Koalition als Befähigungsbund bezeichnet. Graf Tolstomsky hat schon 1906 hier im Reichstag gesagt: „Befähigung ist keine Tugend, sondern nur eine angenehme Tatsache.“

Das Zustandekommen dieser Regierung ist nur möglich gewesen durch das Gefühl der Zugehörigkeit zu der einen und derselben Klasse. (Sehr richtig b. d. Soz.) Dieser Bürgerblock erkennt das an, was Sie (nach rechts) immer bestreiten, nämlich den Klassenkampf. (Sehr richtig b. d. Soz., Widerspruch rechts.)

Bezeichnend ist doch folgende Tatsache: In diesen ganzen Tagen, die ausgefüllt waren mit dem schweren Kampf zwischen Deutschnationalen und Zentrum — jeden Tag trat ein Paar in den Ring, wobei allerdings die eine Partei mehr Hasen machte, als sie schlug (Heiterkeit) —, da war die Einigung sofort da, als man über soziale und wirtschaftliche Dinge sprach.

Für den Achtstundentag!

Ich erinnere an die Insterburger Rede des Herrn Dr. Scholz, in der er ausführte, daß mit der Sozialdemokratie kein Arbeitszeitgesetz gemacht werden könne, und das war der eigentliche Grund des Herrn Scholz gegen eine Linkskoalition und für die Rechtskoalition. Daß Herr Dr. Scholz mit uns kein Arbeitszeitgesetz machen kann, das ehrt uns.

Denn wir hatten allerdings in dieser Zeit der suchtbaren Erwerbslosennot am Achtstundentag fest, wie wollen ihn wieder erhalten, weil mit der Wiederherstellung des Achtstundentages Hunderttausende von Erwerbslosen wieder in die Betriebe hineinkommen und vor körperlicher und geistiger Verelendung gerettet werden können.

Wenn in der tiefsten Zeit der Depression, im November 1918, der Achtstundentag möglich gewesen ist, dann wird ihn die deutsche Wirtschaft auch jetzt tragen können. Das ist auch möglich nach den Erfahrungen, die man in Amerika gemacht hat. Die Verständigung zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum ist zustandekommen auf dem Rücken der Arbeiter, das wissen nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter, sondern auch die christlichen und die deutschnationalen Arbeiter. (Sehr richtig b. d. Soz., Widerspruch rechts.)

Abrechnung mit den Deutschnationalen.

Ich wundere mich, daß Dr. Scholz es gewagt hat, den Deutschnationalen die Frage vorzulegen, wie sieht ihr zur Weimarer Verfassung, zum Vocano-Plan, zum Bitterbund, zum Dawes-Plan? Das alles war doch bisher Verrot, Verflawung des deutschen Volkes. Nach den Erfahrungen, die man mit den Herren beim Dawes-Plan gemacht hat, konnte man ja allerdings den Deutschnationalen schon etwas zumuten. Aber wenn einmal der Versuch gemacht worden wäre, mit meiner Partei in dieser Weise zu verhandeln, dann wäre er derart lieblos von uns behandelt worden, daß er bis nach Insterburg hätte fliehen müssen. (Heiterkeit.) Ich bestreite nicht, daß unter den rechtbegehrtesten Männern auch solche sind, deren Intelligenz ihnen gestattet, die Unfruchtbarkeit der von ihnen bisher betriebenen Politik einzuleben. Ich kann mir vorstellen, daß sie der Ansicht sind, von Protesten könne man nicht leben, die Kontinuität der Geschichte erfordere es, sich auf den einmal festgelegten und als sicher befundenen Weg zu stellen. Und ich freue mich, daß diese Herren jetzt schon nach 8 Jahren zur besseren Erkenntnis gekommen sind, denn sonst hat es 30 Jahre gedauert bis sie die Notwendigkeiten der Zeit erkannt haben. Ich stehe auch nicht an zu erklären, daß ich in solcher Veränderung der politischen Einstellung einen hohen Gewinn für den Staat erblicke.

Die Sozialdemokraten stehen nicht auf dem Standpunkt der Achtung ganzer Klassen, ganzer Parteien, ganzer Konfessionen, wir wollen, daß jeder in diesem Staate sich heimlich fühle und sich als gleichberechtigt betrachte.

Eine solche Aenderung der politischen Einstellung begrüße ich, und ich verstehe es auch, daß man sich nicht damit beißt, sie zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. (Heiterkeit.) Aber die Frage ist doch, ist dieses Bekenntnis echt, wenn es abhängig gemacht wird von einer Gegenseitigkeit in Gestalt von 4 Ministerstellen? Wenn auf Grund der Richtlinien ein klagerbarer Anspruch bestünde, dann würde das Zentrum in allen Instanzen einen glänzenden Sieg erringen. Denn die Richtlinien sind vollkommen klar.

Sie geben alles preis, was die Deutschnationale Volkspartei 8 Jahre lang hier gesagt hat.

überwiesenen Mittel gedenkt dieser künftig der Pestalozzi-Stiftung zu übergeben. Tausende Jahresbeiträge und Einzelgaben sind zunächst dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, W 8, Unter den Linden 4, zuzuleiten, das den Eingang besichtigen und weitere Mitteilungen machen wird.

Bildende Künstler im Reichsarbeitsbeschaffungsprogramm. Der Reichsarbeitsminister hat auf Anregung des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß eine Beschäftigung erwerbsloser Künstler im Rahmen der Arbeiten und Aufträge der einzelnen Beschaffungsstellen möglich sei. Bei der Vergebung solcher Arbeiten, für deren Ausführung bildende Künstler in Frage kommen, sollten die Beschaffungsstellen möglichst die Bedürftigkeit der Bewerber in Betracht ziehen und mit den örtlichen Wirtschaftsverbänden bildender Künstler Vorkonferenzen nehmen. — Nach diesem Rundschreiben wird sich gewiß die Möglichkeit ergeben, Künstler für die Aus schmückung öffentlicher Gebäude und für die Gebrauchsgraphik im Dienstvertrage im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms zu beschäftigen. Doch können bei gutem Willen der Behörden vielleicht auch andere Gebiete hier für die Arbeitsbeschaffung der Künstler sich öffnen.

Deutsche Kunst in Afghanistan. Die Regierung von Afghanistan läßt einige Kilometer von der jetzigen Hauptstadt Kabul in großartiger Weise eine neue Hauptstadt nach neuzeitlichen städtebaulichen Gesichtspunkten erbauen. Die Arbeiten leitet ein deutscher Baukünstler, der frühere Mitwelt von Geheimrat Brig, dem Städtebaumeister der Berliner Technischen Hochschule, Dr.-Ing. Harten. Als Bildhauer für die künstlerische Ausschmückung des neuen Palastes des Emirs ist jetzt der junge Berliner Erich Schmidt berufen und auf mehrere Jahre verpflichtet worden. Schmidt ist Schüler von Professor Hermann Holaeus, in dessen Werkstatt er bisher tätig war. In der neuen Hauptstadt von Afghanistan arbeitet bei Harten schon ein junger Berliner Bildhauer namens Waas.

Die gefauste Seeluh. Londoner Blätter verzeichnen eine Nachricht aus Natal, wonach dort an der Küste ein seltsam menschenähnliches Wesen aus dem Wasser aufgetaucht sei, das nicht nur die Eingeborenen, sondern sogar mancher Europäer geneigt waren für eine Meerjungfrau zu halten. Natürlich werden diese abergläubischen Ansichten von den Berichterstattern mit Heberlegenheit zurückgewiesen, da es sich zweifellos um nichts anderes als eine gewöhnliche Seeluh handle. Bei dieser Gelegenheit wird jedoch daran erinnert, daß noch im 16. Jahrhundert in Bangor eine solche Seeluh von den dortigen Missionaren für eines der legendösen Meerwunder gehalten und zum Heil ihrer Seele feierlich gefaust wurde.

Das Gauklerfest des Freundeskreises der Schule Reimann findet am 26. Februar wiederum in den Geländebäumen des Zoologischen Gartens statt. Die Subskriptionsliste liegt beim Festausschuß im Reimann-Haus, Mandelkauer Str. 38, fast.

Erwerbung des Palazzo Jarnezza durch die italienische Regierung. Die italienische Regierung hat für zwölf Millionen den Palazzo Jarnezza am Janiculum erworben, in dem sich die kostbaren Gemälde Raffaels befinden.

Ueber eine Million Mark für ein Rembrandt-Gemälde. Bei einer Rembrandt-Versteigerung erzielte das Gemälde Rembrandts „Titus im Arm-lucht“ einen Preis von 270 000 Dollar.

Polens Militärlasten.

Scharfe Kritik der Sozialisten.

Warschau, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche sozialdemokratische Abg. Panzrak führte bei der Beratung des Militärhaushalts im Sejm aus, daß Polen eine stehende Armee von 270 000 Mann unterhalte. Außerdem besitze es eine luxuriöse Kriegsflotte, die zehnmal mehr Admirale zähle als Polen Schiffseinheiten habe. Ein großer Teil des für das Militär bestimmten Geldes werde unterschlagen, im vergangenen Jahre über 150 Millionen Zloty! Der Redner verurteilte dann die schlechte Ernährung der Soldaten. Die Pension der Offiziere hat man erhöht, aber die Soldaten erhalten noch wie vor 8 Groschen (4 Pf.) im Tag. Die Klagen über Mißhandlungen der Soldaten haben ungeheuer zugenommen. Für Ermordung von Zivilisten wurden Offiziere mit einem Jahr Gefängnis, Soldaten dagegen wegen Desertion zum Tode verurteilt. Auf eine Bemerkung von nationalistischer Seite erklärte der sozialdemokratische Redner, er würde sich überaus freuen, wenn Polen ebenso viele Pazifisten und Antimilitaristen hätte wie Deutschland.

Ein polnischer sozialistischer Abgeordneter hob hervor, daß Polen ein Drittel seines Haushalts für die Armee

ausbe. Er verlangte eine Verkürzung der Militärdienstzeit und die Herabsetzung des stehenden Heeres auf 50 000 Mann.

Der Spitzel-Abgeordnete.

Warschau, 4. Februar. (W.T.B.) Vor einigen Tagen wurde der Abg. Halka von der radikalen Bauernpartei Wyzwolenie (Befreiung) aus der Partei ausgestoßen, weil er sein Abgeordnetenmandat dazu mißbraucht habe, sich unerlaubt wirtschaftliche Vorteile zu sichern. Nun richtete Halka an den Sejmpräsidenten einen Brief, in dem er behauptete, sein Ausschluß aus der Partei sei nur deshalb erfolgt, weil er in der Ständelaffäre des unter ehrenrühriger Anklage stehenden Abg. Wojewudzki, der von der zweiten Abteilung des polnischen Generalstabs als bezahlter Spitzel unter den ständischen Rinderheuten verwendet wurde, die volle Wahrheit auszusagen wollte. Demnach trafen die Behauptungen Wojewudzki, er habe die vom Generalstab erhaltenen Gelder zu Parteizwecken verwendet, nicht nur zu, sondern es hätten auch mehrere Mitglieder des Vorstandes der Wyzwoleniepartei davon gewußt und dies alles gebilligt. Halka schreibt noch, daß der jetzige Vorsitzende der Partei ihn gebeten hätte, im Interesse der Partei diese Dinge für sich zu behalten.

Aber mancher manifestiert sich eben so durch. (Stürmische Heiterkeit.) Daran ändern auch die Abänderungen nichts, die an den Richtlinien vorgenommen worden seien. Das Wortspiel der „uneingeschränkten“ Anerkennung des Locarno-Pakt soll in Wegfall gekommen sein. Aber wenn ich den Locarno-Pakt anerkenne, so tue ich das uneingeschränkt, ob ich das nun ausdrücklich sage oder nicht. Aber ist nicht außer den Richtlinien auch ein Protokoll verfaßt worden, in dem die Deutschnationalen zugestanden haben, daß sie den Locarno-Pakt anerkennen? (Zwischenrufe rechts.) Sie schweigen. Es würde sich aber doch empfehlen, dieses Protokoll zu veröffentlichen. Jede Aktiengesellschaft, selbst die kleinste, muß bei ihrer Gründung ein solches Protokoll veröffentlichen. Warum also nicht auch das Protokoll dieser Gesellschaft, die man am besten als politische Handelsgesellschaft bezeichnen kann? (Stürmische Heiterkeit.) (Zuruf rechts: Bei dieser Gesellschaft werden Sie Syndikus.)

Ich würde mir schon honorar Mandanten. (Heiterkeit.) In den Reihen der Deutschnationalen sitzen Männer, die die Richtlinien als eine schwere Verletzung an der Auffassung ihrer Partei halten. Warum steht nicht einer von diesen Männern hier auf und sagt, für mich gilt dieser Pakt nicht, ich zerreiße ihn! Das sage ich als Mensch, der noch für Ehre und Anstand empfinden hat. Wer steht denn hinter diesen Richtlinien?

Stwa Herr Caverenz? (Heiterkeit.) Der am 21. September 1926 in der „Deutschen Tagespost“ geschrieben hat, es gehe zu den widerlichsten Unterstellungen, die Deutschnationalen könnten von einiger Ministerseite wägen. (Stürmische Heiterkeit.)

Obder steht Herr Everling hinter diesen Richtlinien, der in einer Rede am 13. Januar d. J. in Radenburg es als eine unerträgliche Kamakung des Zentrums bezeichnet hat, daß es Entscheidungen treffen wolle, die ihm weder nach seiner Größe noch nach seinen Leistungen zuständen? Was das Zentrum an Leistungen aufzuweisen habe, das hätten die unheilvollen Figuren Erzberger, Fehrenbach und Wirth gezeigt. (Hört! hört! links.)

Herr Coetling tief ferner nach der Monarchie und sagte, von Süddeutschland könne man keine politischen Leistungen erwarten, man könne von dort auch keine politischen Leistungen gebrauchen. Ich freue mich dieser Feststellung, wonach sein süddeutscher Parteifreund Bagille zum Hausvater der deutschen Nation nichts beigetragen hat. (Heiterkeit.)

Wie stehen aber die einzelnen Minister zu den Richtlinien? Ueber die Person des Herrn Koch brauche ich nicht viel zu sprechen. Ich weiß, daß er in diesen Tagen vollkommen damit beschäftigt sein wird, die Briefe und Telegramme zu lesen, die er jetzt bekommt. Woher ich das weiß? Vor mir liegt ein Schreiben des deutschnationalen Arbeiterbundes, das in alle Welt hinausgegangen ist: „Wir möchten anregen, daß der deutschnationale Reichstagsfraktion für diese Wahl unseres Kollegen ein kurzes Zustimmungsschreiben oder Telegramm gefaßt werde.“ (Stürmische Heiterkeit links.)

Wie steht es aber mit dem Fraktionskollegen des Herrn Dr. Koch, Herrn Hergel? Der Reichsanwalt hat gestern sehr stark unterstrichen, daß er und der Reichsaußenminister die maßgebende Stellung im Kabinett hätten und daß ihre Ansichten über die Verhandlungspolitik der ganzen Welt im Ausland und im Inland bekannt seien. Aber ich setze den Herrn Bizekanzler vor mir, der doch in die Lage kommen kann, den Reichsanwalt zu vertreten. Darf ich ihn an die Einhaltung eines alten Versprechens erinnern? Er hat einmal gesagt:

Wenn die Deutschnationalen in die Regierung kommen, so liegt binnen 24 Stunden der Entwurf eines Auswertungsgesetzes vor!

(Heiterkeit.) Sie sind jetzt in der Lage, das Unrecht gut zu machen, das sie die durch die Ausschließung der individuellen Aufwertung an den Sparern verübt haben.

Und wie steht es mit Herrn Schiele, der sich erst kürzlich geäußert hat, im Kabinett gegen den Locarno-Pakt gestimmt zu haben?

Kendell, der Kappist.

Wie steht es mit Herrn v. Kendell, über den ganz besonders eine Auskunft notwendig ist? Er hat sich jetzt auf den Boden der Tatsachen gestellt.

Er hat das schon einmal getan, als er sich auf den Boden der Tatsachen stellte, die durch den Diktator Kapp geschaffen waren. (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Hat er sich Herrn Kapp nicht als Landrat des Kreises Königsberg in der Neumark zur Verfügung gestellt? Hat er nicht der Bevölkerung mitgeteilt, daß die Jüdischen Behörden im Dienste des Diktators Kapp ständen?

(Minister v. Wendell nickt. — Lebhaftes Hört! hört! links.) Wollte er nicht die Rote Armee bei dem Docteur Jüderich schlagen? (Stürmische Heiterkeit.) Ist er nicht damals von dem preussischen Minister des Innern seines Amtes entbunden worden?

Ich bin nicht gerade entzückt davon, daß gerade er dazu berufen sein soll, ein Gesetz gegen die staatsfeindlichen Verbände zu machen. Ich komme auch nicht darüber hinweg, daß er, der nach der neuen Regierungserklärung nicht einmal Angehöriger der Reichswehr werden könnte, heute Reichsminister geworden ist.

Noch einige Worte zu der Rede des Grafen Westarp. Ich würde mich nicht darüber gewundert haben, wenn der Reichsanwalt Marx sich nach dieser Rede erhoben und den mit den Deutschnationalen geschlossenen Pakt angefochten hätte wegen Irrtums oder sogar wegen Betrugs. Graf Westarp hat gesagt, die Preisgabe ihrer programmatischen Grundzüge sei von den Deutschnationalen nicht verlangt worden, und die Richtlinien hätten kein vollständiges Bild von den Verhandlungen. Herr Guérard hat dem schon entschieden widersprochen. Aber einen Satz in der Rede des Grafen Westarp hat er sich doch entgehen lassen, nämlich den, daß die Deutschnationalen alle Kräfte daran setzen wollten, die Wege der Politik, die sie für die richtigen halten, zu beschreiten. Sie seien nicht in der Lage, ihre Auffassung über die Richtigkeit und Nützlichkeit ihrer bisherigen Politik preiszugeben.

Dazu sage ich: Wer so in die Verständigungspolitik hineingeht, der hat nicht die geringsten Aussichten auf Erfolg.

so wenig, wie man während des Krieges einen Verständigungsfrieden nicht erzielen konnte, bevor nicht der eine Teil am Boden lag, so wenig kann man jetzt auf Verständigung rechnen, wenn man nicht mit dem Herzen an die Verhandlungen herangeht, wenn man nicht an die Größe der Menschlichkeit glaubt. Wir wissen, daß alle Völker nach dem Entzücken, das wir erlebt haben, das Bedürfnis nach Ruhe und Verständigung haben, wenn auch noch auf allen Seiten Mißtrauen herrscht.

Graf Westarp hat auch den Handelskrieg mit Polen verlangt. Wir wissen, daß die deutsche Rinderheute in Polen schlecht behandelt wird und wir haben ein Recht, gegen eine solche Politik uns zu wenden. Wir wissen aber auch, wie schwer der deutsche Handel und der deutsche Export durch diesen Handelskrieg geschädigt wird, wir wollen, daß er endlich beendet wird. Ich bin außerordentlich neugierig, was die Industrieellen, soweit sie Parteigenossen des Grafen Westarp sind, zu diesem Kriegskrieg gegen Polen sagen werden. Wir verlangen jetzt eine eindeutige Erklärung, ob die Deutschnationalen die Regierungserklärung so auflegen wie Herr v. Guérard oder wie Graf Westarp.

Wir fordern Klarheit.

Das erste Exemplar deutschnationaler Vertragstreue hat die Diktaturen betroffen. Graf Westarp hat erklärt, daß für die Deutschnationale Partei der Kabinettsbeschluss nicht maßgebend sei, weil die deutschnationalen Minister an dem Beschluss nicht mitgewirkt haben. Wir hoffen, daß dieser Beschluss den Ministern doch

wohl noch mitgeteilt werden wird. Von dem Herrn Außenminister aber möchte ich wissen, ob ihn nicht die Erfahrung, die er nach Locarno mit Herrn Schiele gemacht hat, veranlassen wird, diese Beschlüsse den deutschnationalen Herrn Ministern noch einmal offiziell mitteilen zu lassen. Das Gesetz über die Ablegerung der Kriegsgelder wird jedenfalls mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen werden müssen oder es wird abgelehnt. (Lebhaftes Bewegen im Hause.)

In diesem Hause hat vor einigen Jahren ein Redner (Wirth, D. Red.) gesagt: „Wo zwischen Arbeitern und Bürgern gekämpft wird, da stehe ich auf der Seite der Arbeiter.“ Er scheint damals nur für seine Person gesprochen zu haben, bei uns gilt aber dieses Wort für die gesamte Partei.

Wir stehen zu den Arbeitern, damit ist unsere Stellung zu diesem Kabinettsbeschluss, wir werden unser Mißtrauen auf das deutlichste zu erkennen geben. (Stürmischer Beifall und Handklopfen bei den Sozialdemokraten.)

Mißtrauen in der ganzen Welt.

Die Wirkung der Westarp-Rede im Ausland.

Paris, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In einer Besprechung der Regierungserklärung des Reichsanwalters Marx sagt der „Temps“, daß man jetzt wisse, wie Marx das Kunststück zu vollbringen gedenke, eine republikanische Friedenspolitik mit einer Regierung und einer politischen Koalition zu treiben, in der die Gegner der Republik einen breiten Raum einnehmen. Es werde interessant sein, den Versuch zu verfolgen, aber bereits gestern und sofort nach der Verkündung der Erklärung habe sich eine autorisierte Stimme von rechts vernahmen lassen, um die Illusion zu zerstören, die die Worte von Marx hätten erwecken können. Der Graf Westarp habe erklärt, daß man sich nur über die Grundlagen einer praktischen Politik geeinigt habe, man ihn und seine Freunde aber nicht erucht habe, ihre politische Überzeugung zu opfern. Kurz gesagt, schreibt das Blatt, die Rede von Westarp sei eine brutale Regation der ganzen von Marx entwickelten Politik.

Der linksstehende „Soir“ ist der Überzeugung, daß durch die Rede Westarps ein breiter Spalt in die Kombination Marx gerissen sei, denn dieser habe sich das Recht vorbehalten, die Republik zu stützen und das Abkommen mit den Alliierten in der Frage der Offsetungen zu desavouieren.

London, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In einem Kommentar zu der Regierungserklärung des Reichsanwalters Marx schreibt der „Daily Herald“: „Der erste Eindruck ist der, daß diese Erklärung zuviel Beteuerungen enthält. Angesichts einer solchen Ergebenheit gegenüber der Republik von der Seite überzeugter Monarchisten muß man sich fragen, ob das nicht eine Rauchwolke darstellt, hinter der irgendetwas vorbereitet wird. Vermutlich handelt es sich nicht um einen Schlag gegen die Republik, sondern um eine Reihe von Vorwürfen gegen die Arbeiterklasse. Die deutsche Sozialdemokratie, die zum erstenmal in der Republik völlig freie Hand gegenüber einer Regierung besitzt, wird einen heftigen Kampf zu führen haben.“

Brüssel, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische „Peuple“ schreibt: Die Reichstagsdebatte bedeutet einen schlechten Anfang für das Kabinett Marx. Die Rede des Reichsanwalters bleibe in der Klarheit hinsichtlich der Betonung republikanischer und ehrlicher Gesinnung weit hinter dem Zentrumsmantel zurück. Westarps überaus zynische Rede bede die wirkliche Grundlage der neuen Regierung auf, und wenn diese schon jetzt von Krisen bedroht sei, würde Marx sich nicht zu beklagen haben.

Trostpreis für Graef.

Landgerichtsdirektor in Sonneberg?

Sonneberg, 4. Februar. (Tl.) Der während der letzten Zeit vielgenannte Amtsgerichtsrat Dr. Graef-Eisenach, der zum Reichsminister ausersehen war, ist vom ersten d. Mitts. ab zum Landgerichtsdirektor in Sonneberg ernannt worden.

Bisher ist Herr Graef selbst unter dem Regime des Thüringer Ordnungsblocks nicht avanciert. Am 31. Januar ist durch die Thüringer Wahl die Mehrheit der Ordnungsregierung gebrochen. Sie hat kein Mandat mehr. Da hat sie noch zuletzt Herrn Graef zum Landgerichtsdirektor ernannt. Obwohl sie keine Mehrheit mehr hat. Damit Herr Graef auf jeden Fall avanciert. Wenn auch nicht zum Reichsjustizminister, so doch zum Landgerichtsdirektor in Sonneberg.

Eine wertlose Verordnung.

Weißer Salbe statt Reichswehrreform.

Von juristischer Seite wird uns geschrieben: Die Kleine Anfrage des Genossen Künstler über Verstöße gegen die Verordnung vom 14. Januar zeigt zur Evidenz, was jedem juristischen Leser dieser Verordnung schon bei der ersten Lektüre klar wurde: daß sie nur Sand in die Augen der Öffentlichkeit bedeutet.

Verboden ist die Aufnahme junger Leute (worum nur junger Leute?), die nicht gefehrmäßig eingestellt sind, in die Kasernen, Ausbildungslager und in die Truppenteile, sei es auf Probe, oder

für freierwerbende Stellen, sei es für einen Ausbildungslehrgang oder zur zeitweiligen Erhöhung der Mannschaftebestände.“

Warum nur zu diesen Zwecken? Nun, damit unter anderer Firma die Aufnahme möglich bleibt, z. B. zu „Sportkursen“. Verboden ist die Ausbildung von „Reserveoffizieren“ — aber wie wenn die ausgebildeten Verbände sich gar nicht ihrer Selbstständigkeit begeben, nicht Reserveoffiziere der Reichswehr, sondern so etwas wie Freischaren neben der Reichswehr sein wollten? Die Verordnung ist so gut wie wertlos.

Die Mecklenburger Linkeregierung bleibt.

Der Angriff der Deutschnationalen abge schlagen.

Schwerin, 4. Februar. (W.T.B.) In der heutigen außerordentlichen Sitzung des Landtages wurde in beifolgender Lesung der im Hauptauschluß abgelehnte Nachtragsetat für 1926 mit 24 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Wirtschaftler gegen 22 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei und Böllischen angenommen.

Damit ist der Vorstoß der Deutschnationalen, der auf eine Befestigung der Linkeregierung abzielte und lediglich im Interesse weniger Großgrundbesitzer erfolgte, abge schlagen. Die Wirtschaftspartei stimmte für den Etat, nachdem ein ihr nicht genehmer kleiner Etatteil gestrichen worden war. Die Regierung ist nun in der Lage, ihr Fürsorge-, Arbeits- und Strassenbauprogramm ungehindert fortzuführen, und zwar trotz der Kommunisten, die im Verein mit den Deutschnationalen gegen die Linkeregierung gestimmt hatten.

Stalin schwer krank.

Augenblicke Geheimhaltung in Rußland.

Dem Berliner Organ der russischen Sozialdemokraten wird aus Moskau gemeldet, daß Stalin, der gegenwärtige Diktator Sowjetrußlands, ernst erkrankt sei. Er leidet schon seit längerer Zeit an einem schweren Magengeschwür und Malaria, hat aber bisher seine Erkrankung sorgfältig vor seinen intimsten Freunden geheimgehalten. In der letzten Zeit hat aber seine Krankheit einen deutlichen Charakter angenommen, daß sie sich nicht mehr verheimlichen ließ, und so war er gezwungen, einen engeren Kreis seiner Genossen in die Sache einzutreiben. Aber auch jetzt noch wird Stalins Krankheit als ein wichtiges Staatsgeheimnis behandelt, nur damit die Oeffentlichkeit in Rußland davon nichts erfahre. Nicht einmal alle Mitglieder des 80 köpfigen Zentralvorstandes der kommunistischen Partei sind davon unterrichtet. Angesichts der gespannten inneren Lage dieser Partei mißt man dieser Erkrankung eine große Bedeutung bei.

Ein zweiter Fall Koldin.

Fünffährige Verschickung eines Südtiroler Lehrers.

Innsbruck, 4. Februar. (Tl.) Der kürzlich verhaftete Lehrer Koldin in Tramin ist von der Konfirmandenkommission Trent ohne Begründung zu fünf Jahren Zwangsverschickung verurteilt worden. Die vier unversorgten Kinder Koldins befinden sich in größter Not.

Lehrer Koldin wurde vor drei Jahren nach 30jähriger Diensttätigkeit seines Dienstes entbunden.

Rumänisches aus Wien.

Sakenkreuzlerterror an der Universität.

Wien, 4. Februar. (W.T.B.) Im Anatomischen Institut der Universität Wien kam es heute zu Ausschreitungen, als nach den Vorlesungen der Professoren Hochstätter und Landler (der als sozialdemokratischer Stadtrat auch das Wiener Gesundheitswesen leitet. Red. d. B.) Studierende, die dem Anatomischen Institut nicht angehören, in die Hörsäle eindringen und die jüdischen und die sozialistischen Studenten zum Verlassen der Hörsäle aufforderten. Trotz der Bemühungen der Dekane gelang es nicht, die eingedrungenen Studenten aus den Hörsälen zu entfernen. Es kam zu blutigen Schlägereien, in deren Verlauf zwei Studierende verletzt wurden. Erst als die sozialistischen und jüdischen Studenten die Hörsäle verließen, trat Ruhe ein. Die deutschnationalen Studenten begaben sich hierauf im geschlossenen Zuge zum Universitätsgebäude und besetzten die Rampe. Auf dem Wege zur Universität wurden sie von kommunistischen jugendlichen Arbeitern wiederholt angegriffen und beschimpft, doch gelang es der Polizei, die beiden Parteien rechtzeitig zu trennen. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Aufstandsende in Portugal.

Kapitulation der Rebellen.

Lissabon, 4. Februar. (W.T.B.) Die aufständischen Truppen in Porto, die unter dem Befehl des Generals Sula Dias, des Hauptmannes Julio Almeida, des Marineoffiziers Jaime Morais und eines Zivilisten Jaime Cortezao standen, haben sich dem Befehlshaber der Regierungstruppen Oberst Craveiro Lopes, ergeben. In ganz Portugal herrscht völlige Ruhe.

Kampf um den Achtstundentag!

Streik der Leipziger Metallarbeiter.

Leipzig, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Leipziger Metallarbeiter haben heute, entsprechend dem am Donnerstag von einer unktionärerversammlung des Metallarbeiterverbandes gefassten Beschluss und nachdem am Mittwoch in einer geheimen Abstimmung 80 Proz. der Belegschaften für den sofortigen Streik gestimmt hatten, in 23 Betrieben mit rund 6000 Mann Belegschaft den Teilstreik aufgenommen. Die übrigen Metallarbeiter Leipzigs stehen einseitigen Gewerkschaften bei, sind aber jederzeit bereit, mit in den Kampf einzutreten.

Bei dem offenen Kampf, der nunmehr in Leipzig ausgebrochen ist, geht es um den Achtstundentag. Vergebens haben die Vertreter des Metallarbeiterverbandes alles versucht, um zu einer gütlichen Einigung zu kommen. Im Lager der Unternehmer hatte man es bewußt auf ein Scheitern der Verhandlungen angelegt. Hartnäckig bestanden die Metallindustriellen im Schlichtungsausschuss auf der 52-Stunden-Woche bis zum 31. März 1928, obwohl Leipzig noch jetzt 9000 vollterwerbslose Metallarbeiter zählt. Die Hartnäckigkeit, mit der die Industriellen auf ihrem Standpunkt beharren, ist begreiflich; sie hoffen auf den Schlichtungsausschuss und den Schlichter, von dem sie wissen, daß er die Interessen des Unternehmers besser zu wahren weiß als die der Arbeiterschaft.

Dieser Kampf, den die Arbeiterschaft zu führen gezwungen ist, um den gesetzlichen Normalarbeitsstag zu sichern, wird einen starken Widerhall in der Arbeiterschaft finden. Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen vegetieren mühsam, während sie gleichzeitig für die Gesamtheit eine schwere Belastung sind, die produktiven Kräfte dieses Arbeitslosenheeres aber brach liegen. Gleichzeitig werden die Arbeiter gezwungen, Ueberstunden zu leisten. Die Schlichtungsinstanzen erklären diesen wirtschaftlichen Wahnsinn für eine „wirtschaftliche Notwendigkeit“. Der Reichsarbeitsminister sanktioniert dieses gemeingefährliche Treiben, indem er solche Schiedsprüche, wie vor wenigen Tagen für die westfälische Textilindustrie, für verbindlich erklärt.

Während die Arbeitslosen hungern, der Staat belastet wird mit den Ausgaben für Arbeitslosen- und Wohlfahrtsfürsorge, die Arbeitenden ihre Gesundheit durch überlange Arbeitszeiten ruinieren, wissen die Unternehmer des letzten Kapitals buchstäblich nicht mehr, was sie mit ihren, den Arbeitern vorenthaltenen Gewinnen anfangen sollen. Die Börse ist vom Wirtschaftsbarometer zur Spielhölle geworden. Mit den Riesengewinnen wird dort hazard gespielt. (Im übrigen, Herr Köhler: hier ist Geld zu holen!) Die Papiere werden sinnlos in die Höhe getrieben, nicht, weil sie besonders hohe Dividenden einbrin-

gen, sondern weil man doch das Geld unterbringen muß. Während Arbeitende und Arbeitslose nicht wissen, wie sie mit den fargen Groschen auskommen sollen, herrscht in dem noch vor zwei Jahren völlig geldarmen Deutschland eine beispiellose „Geldflüssigkeit“. Die Banken, die freilich für die Kleinen im Kapitallager nichts übrig haben, wissen nicht, wie sie das Geld verwerten sollen. So kauft man in dem „verflachten“ Deutschland Auslandspapiere, läßt die Arbeitslosen hungern und besteht auf den Reunstundentag. Mit dieser Schandwirtschaft muß endlich Schluß gemacht werden!

Gesler hebt das Betriebsrätegesetz auf.

Die Rechtsprechung beurteilt ihn.

Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben:

Wie in einer Tagesverfügung vom 25. Januar 1927 zum Ausgang Nr. 16 bei der Marinewerft Wilhelmshaven bekanntgegeben ist, hat der Reichswehrminister Dr. Gesler nachstehende Verfügung über Entlassung von Arbeitnehmern aus politischen Gründen für den Bereich der Heeres- und Marineleitung erlassen:

„Arbeitnehmer, die einer politischen Organisation angehören, die sich den Umsturz der verfassungsmäßigen Staatsform des Deutschen Reiches zum Ziele gesetzt hat, oder die durch Wort und Tat erkennen lassen, daß sie die Ziele einer derartigen Organisation billigen, können im Bereiche der Heeres- und Marineleitung nicht geduldet werden. Arbeitnehmer, bei denen diese Voraussetzungen vorliegen, sind mit tariflicher Kündigungspflicht zu entlassen. Das Recht des Einspruches gegen ihre Entlassung steht ihnen gemäß § 85 Abs. 1 in Verbindung mit § 84 Ziffer 1, § 67 des B.R.G. nicht zu.“

Diese Verfügung wird im wesentlichen gegen linksgerichtete Kreise der Arbeitnehmer sich richten, denn wie in einem Gewerbegerichts Urteil in Königsberg i. Pr. vom 5. August 1924 zum Ausdruck kommt, sind dort einige Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur K.P.D. vom Nebenzeugamt entlassen worden. Durch Urteil vom 5. August 1924 wurde entschieden, die Kläger sind wieder einzustellen. Vor allem ist der letzte Satz, in welchem das Recht des Einspruches gegen eine Entlassung aus diesen Gründen aufgehoben werden soll, einfach unhaltbar. Damit ist jedem Denunzianten Loh und Tür geöffnet, irgend jemanden „umstürzlerischer“ Bestrebungen zu verdächtigen. Der Denunziant wird entlassen, ohne das Recht des Betriebsrätegesetzes in Anspruch nehmen zu können.

Soweit ist es nun noch nicht, daß Herr Gesler einfach die Gesetze außer Kraft setzen kann. Die Berufung auf § 67 des B.R.G. dürfte keinesfalls für die Marinewerft zureichen. Der § 67 behandelt die sogenannten Tendenzbetriebe. Er spricht von den Betrieben, die politischen, gewerkschaftlichen, militärischen, konfessionellen, wissenschaftlichen, künstlerischen und ähnlichen „Bestrebungen“ dienen.

Nach der Ansicht des Gewerbegerichts in Königsberg kann das Nebenzeugamt aber nicht als ein Betrieb, der militärischen Be-

rechnungen dient, angesehen werden. Denn es kommt hier nicht darauf an, ob ein Betrieb militärischen Zwecken dient. Aus der Verwendung des Wortes „Bestrebungen“ ergibt sich klar, daß im § 67 nur diejenigen Betriebe gemeint sein können, welche die Geistesrichtung und die Denkart der Bevölkerung in politischer, gewerkschaftlicher und militärischer Beziehung beeinflussen wollen. Daß aber das Nebenzeugamt dazu berufen ist, auf die Denkart und die Geistesrichtung der Bevölkerung in militärischer Beziehung einzuwirken, muß selbstverständlich als unzutreffend abgelehnt werden.

Was für das Nebenzeugamt in der angezogenen Entscheidung maßgebend war, dürfte für die Marinewerft in gleicher Weise gelten. Der Versuch der Aufhebung des Betriebsrätegesetzes dürfte also mit der Beurteilung der Marinewerft enden. Jedenfalls ist die Verfügung bezeichnend für den „demokratischen“ Geist Geslers.

Es hilft alles nichts.

Abstieg der Kommunisten.

Trotz wochenlangender kommunistischer Propaganda und trotzdem der letzte Schiedspruch des Reichsarbeitsministers für den Hamburger Hafen ungeheure Erbitterung erzeugt hatte, haben die Kommunisten, wie uns aus Hamburg gedruckt wird, bei der Wahl der Organisationsleitung der im Deutschen Verkehrsband organisierten Hafenarbeiter Hamburgs eine entschiedene Niederlage erlitten. Nach dem endgültigen Wahlergebnis sind alle Kandidaten der Amsterdamer Richtung gewählt worden, während die kommunistischen Gegenkandidaten in allen erforderlichen sieben Wahlgängen nur etwa ein Drittel der Stimmen auf sich zu vereinigen vermochten. Die Schlappe ist für die Kommunisten um so empfindlicher, als die sowjetamtliche deutsch-russische Handelsgesellschaft alle bei ihr beschäftigten Arbeiter auch zu dieser Wahl offiziell abkommandiert hatte.

Abgelehnter Schiedspruch.

München-Glabbech, 4. Februar. (W.T.B.) Der Verband der christlichen Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes lehnte in zwei Versammlungen in München-Glabbech und in Abregt den Schiedspruch des staatlichen Schlichtungsausschusses für die Bekleidungsindustrie ab. Der Schiedspruch sieht eine Erhöhung der Zeitlöhne um 10 Proz., die der Allfordlöhne um 3 Proz. vor. Die Arbeitnehmer hielten diese Sätze für nicht ausreichend. Die Arbeitgeber hatten den Schiedspruch angenommen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill; Wirtschaftl. G. Angelegenheiten: Gemeindefachbewegung: Dr. Eufora; Neuigkeiten: Dr. John Schlemmer; Lokales und Sonstiges: Rik Kerst; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Bau Singer u. Co., Berlin SW 68, Rindfleischstr. 3. Hierzu 2 Beilagen aus „Unterhaltung und Wissen“.

WEISSE WOCHEN

Wir bringen in diesen Wochen weisse Waren aller Art welche z.T. eigens für diesen Zweck aufgestapelt

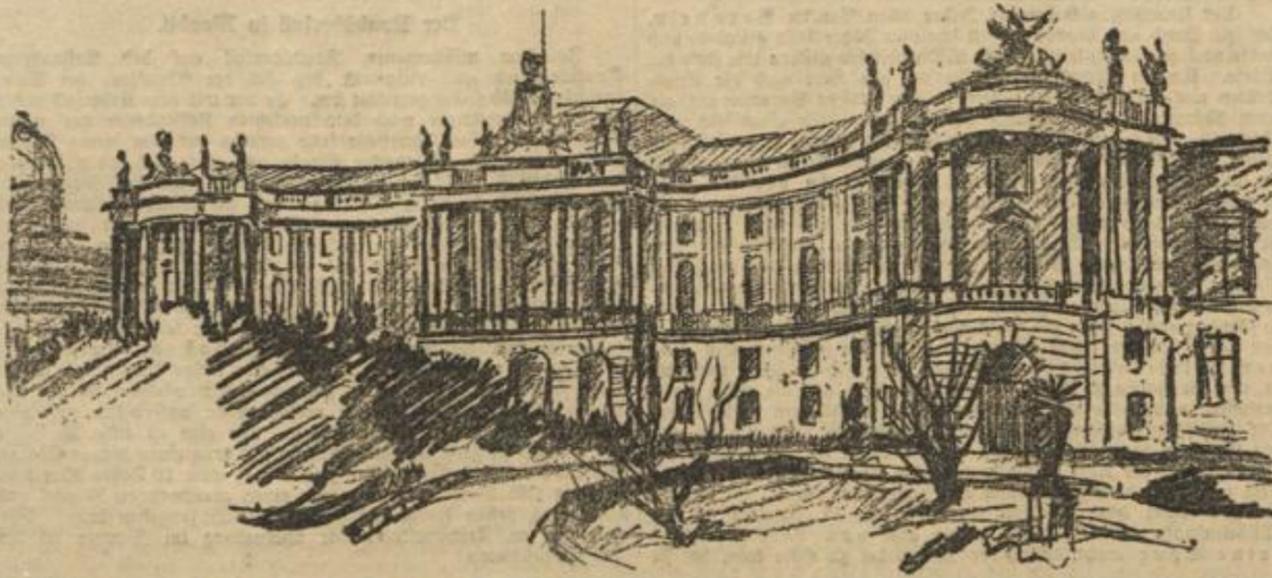
Zu enorm billigen Preisen zum Verkauf! Mengenabgabe vorbehalten!

Makotuch 75 <small>für elegante Leibwäsche, ca. 90 cm breit.....Meter</small>	Nessel 33 <small>ca. 80 cm breit.....Meter</small>	Küchen-Handtuchstoff 45 <small>schweres Dreilgewebe, weiss, mit roter Kante, ca. 45 cm breit.....Meter</small>	Staubtücher 75 <small>gelb, mit farbiger Kante...1/2 Dutzend</small>
Kopfkissen-Bezüge 1²⁵ <small>m. Klappensatz u. Baumchen</small>	Betttücher 3¹⁵ <small>Douglas, Gr. ca. 130/210 cm Haustuch, Größe ca. 130/210 cm</small>	Frottierstoffe 5⁷⁵ <small>schöne bunte Ausmusterung, ca. 170 cm breit.....Meter</small>	Badelaken 6⁷⁵ <small>aus gutem Frottierstoff, in modern Jacquardmuster, Größe 160/170 cm.....</small>
Trägerhemden 1²⁵ <small>aus gutem Hemdentuch, mit Stickerei.....</small>	Hemdhosens 1⁶⁵ <small>aus gutem Wäschestoff, in schöner Ausführung.....</small>	Damen-Schlupfhöschen 58 <small>tein gewirkt, farbig.....</small>	Damen-Hemdhosens 95 <small>Windelform, 10/10 gewirkt, m. Bandtaschel.....</small>
Perkal-Oberhemden 4⁹⁰ <small>geöltete Faltenbrust, mit 2 Kragen.....</small>	Herren-Nachthemden 4⁵⁰ <small>mit Kragen oder Gelbtafeln.....</small>	Damen-Strümpfe oder Herren-Socken 45 <small>prima Baumwolle, gut verstärkt, Paar.....</small>	Damen-Strümpfe Herren-Socken 68 <small>Doppels. u. Hochl., schwarze u. farb., oder einfarbig u. mod. Jacquardm., gut verstärkt, Paar.....</small>
Pullover 3⁹⁰ <small>Baumwolle mit Kunstseide, in schönen hellen Mustern.....</small>	Kleider 7⁹⁰ <small>in reinwollenem Cheviot, mit langen Ärmeln.....</small>	Morgenröcke 3⁹⁰ <small>aus gutem Flansch.....</small>	Damen-Handschuhe 2⁹⁰ <small>Gladé Lammleder, 3 Druckkn., weiss u. fig.....</small>

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Belle-Alliance-Strasse * Brunnanstrasse
 Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Strasse * Grosse Frankfurter Strasse * Chausseestrasse

Die „Kommode“ wankt.



Ber, angezogen von dem grotesken Anblick, den die Staatsoper Unter den Linden augenblicklich bietet, den Franz-Josephs-Platz überquert, um einmal einen Blick in die Welt dieser „Bau-erneuerung“ zu werfen, bleibt überrascht stehen; denn auch die alte Bibliothek (im Volksmunde „Die Kommode“ genannt) beginnt sich zu isolieren, ein Blantzenaum wird errichtet und läßt nur einen schmalen Zugang zu den Vorlesungsräumen der Universität, die hier untergebracht sind, frei. Im Innern des Gebäudes wohnt's lebhaft zu. Ungeheure Gerüste durchziehen den ganzen Bau und stützen die Decken, Aufmerksamkeit gemacht entdeckt man auch bald die Ursachen dieser „Stützungsaktion“. Risse in den Wänden! Ein Riß, etwa zwei bis drei Finger breit, in der Wand der Vorderfront sichtbar, wiederholt sich auch in der Rückwand und gibt den Beweis, daß es um ernstes geht, als um bloße Risse im Putz. Das Fundament ist nicht mehr sicher! Das Getriebe der Arbeit wird deutlicher. Dort wird Sand und Erde herausgeschleppt. Man erfährt, daß das ganze Gebäude auf hölzernen Pfählen erbaut ist. Diese Pfähle müssen herausgerissen und durch Betonpfähle ersetzt werden. Draußen hinter dem Blantzenaum liegen zerstückte Leberreste der riesigen Hölzer. Wo sind nun die Ursachen für das Nachgeben des Fundaments zu suchen? Die Art dieser Fundamentierung bei sumpfigem Boden ist ja auch heute noch gebräuchlich, wußte doch z. B. die gesamte Stettiner Hasenanlagen auf Holzpfählen. Das Holz, meistens Kiefer, fault nie, wenn es dauernd im Wasser steht. Es ist nicht verwunderlich, wenn dem Umbau des Opernhouses, der in so unmittelbarer Nähe vor sich geht und an den Seiten vorgestellten Säulen, verbunden mit den den Bau krönenden, mächtigen Stulpturen, den elegant geschwungenen Mittelbau festigend, geben eine überaus gute architektonische

Wirkung, die durch die viel ruhiger und strenger gegliederten Bauten der Umgebung, Oper und Universität, noch hervorgehoben wird. Die Bauverwaltung teilt sehr mit, daß eingehende Untersuchungen der Pfahlrostfundamente bestätigt haben, daß der Opernhausumbau nicht die Ursache ihrer Zerstörung ist. Weiter wurde festgestellt, daß beim südlichen Flügel ein tragfähiger Baugrund in einer Tiefe vorhanden ist, die eine Untermauerung nach Unterfangung der alten Fundamente züßigt. Beim nördlichen Flügel hingegen, wo Torflücker und schlechter Baugrund diese Bauausführung ausschließen, müssen die neuen Fundamente durch Eisenbetonbohrpfähle geschaffen werden. Der seinerzeit durch die Grundwasserentwässerung beim Opernhausumbau geschlossene abgesenkte Grundwasserstand ermöglicht es sogar, daß die Arbeiten am südlichen Flügel ohne besondere Vorkehrungen gegen das Grundwasser ausgeführt werden können.

Für die Stieffinder des Glücks.

Die Hauptgewinne der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie.

Wochenlang hat es gedauert, bevor die Leitung der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie die Glücklichen ermittelt hatte, auf deren Los ein Haupttreffer gefallen war. Nachdem jetzt diese Ermittlungen nahezu beendet sind, kann festgestellt werden, daß die fünf ersten Hauptgewinne ausschließlich in Arbeiterkreise fielen.

Der Gewinner des 50 000-Mark-Hauses, des ersten Hauptgewinnes, ist ein armer Händler in Mannheim, der früher Kutscher in einer Brotfabrik war, und der in den letzten Jahren sich und seine Familie durch den Verkauf von Speiseeis und Brezeln im Straßenhandel ernährte. Da das Geschäft im letzten Jahre schlecht ging, mußte der Mann wiederholt die städtische Armenfürsorge in Anspruch nehmen. Das Glückselbst hat die Frau erworben. Die Familie besteht aus fünf Köpfen, Mann, Frau und drei Kindern. Raum war der Gewinn in Mannheim beknäpft, als es auch schon von allen Seiten Bitt- und Darlehensgesuche regnete. Der glückliche Losinhaber, der aus eigener Erfahrung wußte, wie verzweiflungsvoll mitunter die wirtschaftliche Lage solcher Bittsteller ist, hat auch eine ziemlich offene Hand gezeigt und in vielen Fällen geholfen. Um sich jedoch weiteren Bittgesuchen zu entziehen, ist die Familie auf den vernünftigen Gedanken verfallen, für einige Wochen aus Mannheim zu verreisen.

Der zweite Hauptgewinn der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie fiel nach Altona. Der Gewinner ist ein 40-jähriger Textilarbeiter, der in sehr dürftigen Verhältnissen lebt und nunmehr seine Arbeit in einer Wollspinnerei aufgeben will, um sich eine neue Existenz zu gründen. Charakteristisch ist in diesem Falle noch, daß er das Glückselbst für die letzten 50 Pfennige kaufte, die er vor Weihnachten im Besitz hatte. Auch dieser Gewinner ist verheiratet; er ist Vater einer sechzehnjährigen Tochter. In seiner ersten Freude hat er gleich eine offene Hand gezeigt und bedürftigen Verwandten mit Geld ausgeholfen. Auch für die Hamburger Ferien-Kinder-Kolonie spendete der Gewinner einen größeren Betrag.

Der dritte Hauptgewinn fiel ins Zentrum des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes, nach Essen. Zwei Bergleute waren es, denen hier das Glück unversehens eine wohl nie erträumte Gabe in den Schoß warf.

Den vierten Hauptgewinn gewann ein Berginvalid im Dortmunder Bezirk, der mit seiner Frau in den dürftigsten Verhältnissen lebt. Beide sind schon über sechzig Jahre alt und haben den Wunsch, daß ihnen der Gewinn in bar ausbezahlt wird. Diesem Wunsche ist wie in den anderen Fällen entsprochen worden.

Der fünfte Hauptgewinn endlich fiel nach Berlin. Hier waren die Gewinner zwei Arbeiter, von denen einer bereits über ein Jahr erwerbslos ist. Auch diese Gewinner sind durch das Glück, das ihnen in den Schoß fiel, vollkommen überrascht worden und sind sich im Augenblick noch unschlüssig, was sie mit der Glücksgabe beginnen sollen.

Ueber die weiteren Hauptgewinne liegen im Augenblick genauere Mitteilungen bei der Zentralstelle der Arbeiterwohlfahrt noch nicht vor, doch ist auch hier in den meisten Fällen festgestellt worden, daß Arbeiter größere Gewinne gemacht haben. Cines der Autos fiel beispielsweise an einen Arbeiter in Frechen bei Köln.

So hat die Veranstaltung dieser Weihnachts-Lotterie nicht nur dazu beigetragen, der Arbeiterwohlfahrt die für ihre Wohlfahrtszwecke erforderlichen Gelder zu beschaffen, sondern darüber hinaus hat sie auch Menschen, die bisher auf des Lebens Schattenseite standen, für eine Weile die Sorgen um den Alltag genommen.

Rekordflüge in Staaken.

Fünf neue Weltrekorde.

Das deutsche Flugwesen, das seit von den Fesseln des Versailles-Vertrages befreit ist, hat am gestrigen Freitag einen großen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Bei denbar schlechtestem Wetter gelang es den Rohrbaß-Werken mit einer Schwestermaschine der im Dienste der Luftfahrt stehenden Rohrbaß-Roland Typ Ro 8 die bisher von Frankreich gehaltenen Weltrekorde über Dauer- und Geschwindigkeit mit der erheblichen Belastung von 2000 Kilogramm zu brechen. Diese Leistung ist um so bemerkenswerter, als sie bei stürmischem, stark regnerischem Wetter ausgeführt wurde, bei einem Nebel, der zeitweise den Fliegern kaum eine Fernsicht über 500 Meter gestattete. Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten:

Am Freitag mittag flog die dreimotorige Rohrbaß-Maschine, die eine Triebkraft von 720 PS. hat, unter Führung des Piloten Steindorff in Begleitung des Bordmonteurs Lufas auf dem Staaken-Flugplatz auf, um ein festgelegtes Dreieck: Bahnhof Staaken—Kirchturm Budow—Dom in Brandenburg, abzupflügen. Die Strecke beträgt genau 100 Kilometer, und an jedem Wendepunkt war ein von den offiziellen Luftfahrtverbänden beauftragter Sportzeuge aufgestellt, der mit Hilfe genauer Instrumente die Flugzeit und die Geschwindigkeit der Maschine zu messen hatte. Die Maschine kam trotz der starken Belastung von 40 Personen in 13 Stunden vom Boden ab und wurde von den Regentropfen, die über den Platz brausten, böse geschüttelt. Der Führer ging dann auf die an und für sich recht einönige Reize und vermochte trotz aller Unbilden der Witterung die ersten fünf Runden fast auf die Sekunde pünktlich zu absolvieren. Dann aber traf ihn ein böses Mißgeschick. Auf der sechsten Runde setzte der eine Motor aus und versagte den Dienst für den Rest der Fahrt vollkommen. Steindorff, der gerade zum Schluß seiner Rekordversuche in außerordentlich böses Wetter geriet, brachte es jedoch fertig, nicht nur das letzte Dreieck glatt auszuflegen, sondern er hielt sich noch eine halbe Stunde über dem Flugplatz Staaken in der Luft, um den Dauerrekorde zu schlagen, und legte mit nur zwei Motoren etwa 150 Kilometer zurück. Auch die Landung vollzog sich ohne Schwierigkeiten. Steindorff wurde von den Ingenieuren und Sportzeugen beim Verlassen der Maschine

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

Manchmal erhielt die Mutter Briefe vom Advokaten der Großmutter; sie las sie langsam und mit müder Gleichgültigkeit, als ob sie im vorhin ihren Inhalt wühlte, faltete sie zusammen, blieb in tiefen Gedanken versunken, ein Seufzer flog aus ihrer Brust, dann blühte sie mich an, lächelte und versperre den Brief in eine Lade. Einmal sagte sie mit gebrochener Stimme: „In spätestens vierzehn Tagen wird die Scheidung ausgesprochen werden.“

Ich schmiegte mich an sie, schlang meine Arme um ihren Hals und so saßen wir eng umschlungen, ohne ein Wort zu sprechen. Ihre Augen starrten ins Leere, so daß mir kalt wurde.

„Mama, ich hab' dich lieb...“ Sie blühte mich an und preßte mich leidenschaftlich in ihre Arme.

„Ja, für euch muß es sein.“ Am selben Abend erhielt sie einen dicken Brief von meinem Vater. Sie sank auf einen Sessel, blickte den Brief lange an, dann plötzlich riß sie den Umschlag auf und las gierig. Meiner Aufmerksamkeit entging nicht, daß ihr Blick, der zuerst kalt, ja fast feindselig war, lebhaft wurde, ihre blassen Wangen sich röteten, ihre Ohren glühten; sie trank die Worte, ihre Lippen bewegten sich, sie las halblaut, aber ich konnte deutlich die letzten Worte hören: „O, Mine, Mine, hast du mich nicht mehr lieb?“

Sie stand auf, sah meine kleine Schwester, die mit ihrer Puppe spielte, starr an, barg ihr Gesicht in den Händen und begann krampfhaft zu schluchzen. Als sie sich ein wenig beruhigt hatte, zog sie mich an ihre Brust, so stark, daß mir der Atem verging, sah mich mit leuchtenden Augen an und sagte mit einer Stimme, die bebte und zuckte: „Mein gutes Kind, dein Vater war immer sehr unglücklich, ich bin zu streng gegen ihn gewesen, er liebt uns mehr, als ich gedacht habe, hier ist der Beweis. Ich habe am Altar geschworen, ihm treu zu sein und darf euch auch gar nicht des Vaters berauben, da wäre ich ja eine schlechte Mutter... ja wohl, eine schlechte Mutter.“ Sie setzte sich an den Tisch und schrieb lange. Als sie fertig war, wendete sie sich zu mir: „Schreib ein paar Worte an den Schluß des Briefes, das wird deinem Vater Freude machen... Nicht wahr, du liebst deinen Vater?“

„O ja... Mama.“

Aber ich sprach nicht die Wahrheit.

Ich konnte ihm nicht verzeihen, daß er mich so häufig gequält hatte, und besonders war ich ihm böse über die Schläge, die ich „dort“ hatte erdulden müssen; als ich aber das Glück meiner Mutter sah, war alles wie ausgelöscht, und in dem Augenblick liebte ich ihn wirklich, ich fand meine Mutter bewundernswürdig und in einer leidenschaftlichen Aufwallung rief ich: O Mama, wie recht tust du, dich nicht scheiden zu lassen!

„Du hast's erraten,“ rief sie ganz selig vor Freude, „wie glücklich bin ich doch, wie unsagbar glücklich!“

Und sie war's auch, das Glück hatte sie verwandelt, verjüngt.

„Schreib jetzt.“

Ich schrieb einige Worte:

„Lieber Papa, ich sehne mich sehr nach Dir, ich freue mich, Dich wiederzusehen und schicke Dir viele Küsse.“

Dein kleiner Jacques.“

Ich habe niemals mit besserer Ueberzeugung gelogen, denn ich betete ja meinen Vater seit fünf Minuten an. Die Mutter schloß den Brief.

„Wies den Brief in den Postkasten.“ Dann besann sie sich. „Wir tragen ihn auf das Mont-Blanc-Postamt... das ist ein ganz angenehmer Spaziergang vor dem Abendessen.“

Nun brachte uns der Postbote jeden Morgen einen Brief meines Vaters und wir gaben jeden Abend Antwort auf.

Die Mutter erzählte mir strahlend: „Papa hat eine glänzende Anstellung als Reisender in einer Schokoladenfabrik.“

Eines Tages, als ich aus der Schule kam, begrüßte sie mich mit einem Freudenthränen.

„Jacques, Papa hat mir hundert Franken geschickt...“

Und denk dir nur, er will zur Großmama gehen und sich mit ihr versöhnen... ich weiß, daß es ihm gelingen wird; dein Vater kann ja so liebenswürdig sein, er ist so gut, und niemand vermag seinen Worten zu widerstehen.“

Am nächsten Tag kündigte ein langer Brief, der in Grenoble abgestempelt war, die vollständige Versöhnung zwischen dem Vater und meiner Großmutter an. Diesmal weinte die Mutter vor Freude.

„Dein Vater ist ein Taufensala, wir werden noch alle glücklich sein, vielleicht haben uns die Prüfungen gelehrt, das Glück besser zu schätzen.“

Endlich kam er, er blieb vier Tage bei uns. Wir lebten in einer Atmosphäre von Glück, alles erschien uns so schön;

wir lächelten einander bedeutungsvoll zu, wir umarmten uns ohne Ursache.

Draußen war Frühling, und auch im Herzen der Eltern erblühte ein neuer Frühling, verschluckte Finsternis und Angst des vergangenen Winters.

Gegen Ende Juni erhielt die Mutter ein Telegramm aus Evian von der Großmutter, die dort zum Landaufenthalt weilte. Sie forderte uns auf, für ein paar Tage hinzukommen. Der Vater hatte einige Worte angeschrieben, die meine Mutter zur Reise bestimmten.

Wir packten unsere Koffer und reisten ab; unser Plan war, zwei bis drei Wochen auszubleiben.

Im Zug setzte ich mich zum Fenster, um noch einmal die Gegend zu sehen. Als der Turm von Saint Pierre und der Saleve meinen Blicken entchwanden, warf ich dem lieben Genf eine Kuhhand zu.

Das war der Abschiedskuß an die schönsten Tage, an die einzigen schönen Tage meines Lebens.

2. Meine Jugend. Familienleben.

Evian. Der blaue See, die Alpen, Wälder, wundervolle Sonnenuntergänge, die den ganzen Himmel in Brand setzen, mafen auf den Jura blaue und rote Fardflecke, die das Wasser und die kaum sichtbaren Wellen golden erglänzen lassen. Am Abend funkeln tausende Lichter in der Ferne, Mondschein versilbert alles und bereitet den Glücklichen ein ewiges Fest, das die Natur ihnen schenkt. Meine Großmutter wohnt in einer hübschen zweistöckigen Villa, die von einem Garten umgeben ist; vorne liegt der See, rückwärts der Wald.

Der Vater hatte geschäftlich in Savoyen zu tun und kam jeden Abend zurück, den nächsten Morgen fuhr er wieder fort, und die Sonntage verbrachte er zu Hause. Die erste Woche war wunderschön, und die Mutter ließ sich gerne dazu bewegen, unseren Aufenthalt auszudehnen. So verging der ganze Sommer.

Meine Großmutter, Frau Bonnard, bewohnte allein das Erdgeschoss und den ersten Stock der Villa, der zweite Stock war frei. Der Vater wickelte ihn und die Großmutter war ganz glücklich, uns bei sich zu haben; sie gedachte auch den Winter in Evian zu verbringen. Wir würden in unserer eigenen Wohnung wohnen, aber die Mahlzeiten bei ihr nehmen.

(Fortsetzung folgt.)

In der neuen Nummer der „Arbeiterwohlfahrt“, Heft 3, 2. Jahrgang vom 1. Februar 1927 behandelt Genosin Staummann-Dünger die besonders auch im Hinblick auf die gesetzgeberischen Absichten des Reichsjugendministeriums wichtige „Problematik des Unheilbarenrechts“. Genosin Staummann-Schroeder, M. d. R., die jetzt unsere Partei bei den Reichstagsverhandlungen über das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das im Prinzip die Pflegeamtsarbeit mit, hauptsächlich vertreten hat, schildert die Tätigkeit und jetzige Arbeitsweise des Amtsanwaltes unter dem Titel „Die Entwicklung der Pflegeamtsarbeit“. Genosin Albrecht von der Arbeiterjugend berichtet über „Das deutsche Jugendberufsrecht“. In der Umschau merkt sich Genosin Gassenheim gegen die Verträge, die Abiturientinnen einen besonderen Berufsurlaub für Hochschulpflichtigen und einen Anspruch für besondere Stellen einzuführen unter dem Titel „Von Abiturientinnen, Oberlehrerinnen und anderen Dingen“. Die Umschau bringt außerdem Mitteilungen über neue Gesetze. Im Abschnitt Arbeiterwohlfahrt schreibt Genosin Ruckmann-Möhl, M. d. R., über „Grundsätzliches zur Unfallfrage“. Berichte für die Organisation, Besprechungen der wichtigen Kreisvereinigungen in der „Bühnenchau“ und in der „Reichstagschau“, Berichte über neue Aufsätze zur Ausweitung der Jugendwohlfahrt und ein Bericht des Genossen Prof. Dr. Graf über die „Mitarbeiterversicherung“ folgen.

Vortrag von Frau Dr. Montessori im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. Am Samstag, den 4. Februar 1927, um 15.30 Uhr, im Zentralinstitut, wird Frau Dr. Maria Montessori am 15. Februar 1927, abends 8 Uhr, im großen Saal, Potsdamer Str. 120, über „Die Montessori-Methode in der Schule“ sprechen und ihre Anschauungen an praktischen Beispielen erläutern. Karten zu 1 M. sind nur gegen Vorbestellung unter gleichzeitiger Einzahlung des Betrages zuzüglich 5 Pf. für Porto auf Postfachkonto 67731 Berlin oder persönlich bei der Geschäftsstelle erhältlich. Ein Verkauf an der Abendkasse findet nicht statt.

Eine Ausstellung von Schülerarbeiten aus dem gesamten Arbeitsunter- richt der 10. Volksschule, Bin. Reinholdsdorf, Golländer Str. 26/27, wird am Sonntag, den 6. Februar 1927, vormittags 10 Uhr, in der Schulaula eröffnet. Besuchszeiten: Sonntag 10-1 Uhr, Montag bis Mittwoch 6-8 Uhr abends. — Die Schulentlassungsfeier — Jugendweihe — der 10. Volksschule findet am Sonntag, den 27. März, vormittags 9 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Berner Straße, statt.

Der Ortsausschuß für Jugendpflege Neudöln bringt am Montag, den 7. Februar d. J., abends 7 1/2 Uhr, im früheren hildischen Lichtspielhaus, Bergstr. 147, auf diesseitigen Wunsch den Arbeiterportfilm „Die neue Großmacht“. Am Montag, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr, spricht der Reichstagsabgeordneter Herr Dr. Geyer über seine arbeitsrechtlichen Erfahrungen bei eigenen Reisen durch das Innere Afrikas. Eintrittskarten für alle Vorträge sind zum Preise von 20 Pf. für Jugendliche und Erwachsene, für die Kinobesuche 50 Pf. für Erwachsene in der Geschäftsstelle des Ortsausschusses, Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 238, zu haben.

Ueber amerikanische Gefängnisse und Erziehungsanstalten (Ergebnisse einer Studienreise) spricht der Professor des Strafrechts an der Universität Hamburg Dr. Liepmann am Freitag, dem 11. Februar, abends 8 Uhr, im Hörsaal 122 der Universität.

Der Raubmord an Prof. Rosen aufgeklärt.

Loftertermin in Bischofswalde.

Zur endgültigen Klärung des Mordes an dem Breslauer Universitätsprofessor Rosen fand eine mehrstündige Gegenüberstellung zwischen Jahn und Strauß statt. Auch hierbei hielt Jahn sein Geständnis aufrecht, während Strauß weiterhin leugnete. Er mußte aber gegenüber seiner ursprünglichen Aussage schließlich zugeben, daß er Jahn bereits lange persönlich kennt.

In Bischofswalde, dem Wohnsitz des Ermordeten, fand außerdem ein Loftertermin statt. Hierbei wiederholte Jahn seine Darstellung, daß Frau Neumann, Rosens Hausdame, ihn und Strauß am späten Abend in die Villa eingelassen hätte. Im Laufe der Nacht habe Strauß dann den Professor erschossen, er selbst, Jahn, habe den Schuhmachermeister Stod, der von dem Mord erwischt war, mit sieben Schlägen getötet. Jahn erklärte weiter, nach der Tat das Seil zusammengebunden zu haben, mit dem Frau Neumann ihre angebliche Flucht bewerkstelligte. Außerdem hätten sie das Schloß zur Wohnungstür von Frau Neumann beschlösselt, um einen Einbruch bei ihr vorzutäuschen. Auch die Leiter hätten sie für die Neumann an die Villa angeheißelt. Nach Jahns Angaben besaß Strauß einen Schlüssel zur Villa Rosen. Dort habe er, besonders in den Tagen vor der Mordtat, Frau Neumann des öfteren besucht. Vier Tage vor dem Mord hat Frau Neumann die dem Strauß für den Mord verprochenen 3000 M. von einem Breslauer Bankhaus abgehoben. Es scheint auch festzustehen, daß zwischen der Neumann und Strauß seit langem Beziehungen sexueller und finanzieller Art bestanden haben. Auch will Jahn Frau Neumann erst durch Strauß kennen gelernt haben. Die Polizei hat ihre Ermittlungen nunmehr abgeschlossen, die weitere Untersuchung liegt in der Hand des Untersuchungsrichters. Das Rätsel um den Mord des Professors Rosen scheint damit endgültig gelöst zu sein.

Erdbeben in Schanghai.

Schanghai, 3. Februar. (M.T.B.) Gestern um 11.50 Uhr wurde hier ein starker Erdstoß verspürt, der die Gebäude eine halbe Minute lang in Erschütterung versetzte. Ein neuer Erdstoß um 1 Uhr dauerte 70 Sekunden.

Todessturz eines Unteroffiziers. Wie aus Wlitsch in Schlesien gemeldet wird, stürzte der Unteroffizier Hermann Fink vom Maschinenregiment des Wlitscher Reiterregiments aus einem Fenster des Bodengeschosses der Kaserne auf den Hof herab und war sofort tot. Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Geplante Verbesserung für den Seedenst nach Ostpreußen. Der Seeweg Swinemünde-Danzig-Billau wird nach der Winterpause am sechsten April wieder aufgenommen und bis zum 11. Oktober durchgeführt werden. Abfahrtsort ab Swinemünde bleibt Mittwoch und Sonnabend, ab Billau Montag und Freitag. Während der Hauptverkehrszeit vom 30. Juni bis 4. August sollen in beiden Richtungen wöchentlich sogar vier Fahrten stattfinden. Für die Ferienzeit im Juli ist geplant, den Dampferverkehr über Billau hinaus bis Remel auszuweiten.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat, Berlin SW 68, Rindenschlag 1, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

2. Kreis Charlottenburg. Sonntag, 6. Februar, 7 Uhr, veranstaltet der Bildungsausschuß im Deutschen Krankenhaushaus, Berliner Straße 137, einen Ruß- und Filmbabend. Rosenquartett und Film: „Die Schmiehe“. Sozialöffnung 7 Uhr. Info: Infozentrum 60 M. Obige herzlich willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet der Kreisvorsitz.

Heute, Sonntag, den 5. Februar:

1. 8 Uhr. Heute und Sonntag früh sind die Flugblätter bei Waffla, Pflanz-Bräu, abzuholen.
2. 8 Uhr und Sonntag ab 8 1/2 Uhr Flugblattverteilung von Wicker, Seinemeyer, Ha, und Reyer, Pflanzstr. 7, aus. Die Bezirksleiter holen die Einblendungen zum Jahlabend ab.
3. 8 Uhr. Die Bezirksleiter treffen sich von 4-5 Uhr bei Gottschalk, Aufhäuser Straße 24, zum Empfang der Flugblätter. Von 6-8 Uhr Ausgabe der Flugblätter an die Genossen in den Jahlabendlokalen.
4. 8 Uhr. Die Bezirksleiter holen zwischen 4 und 5 Uhr bestimmt die Flugblätter von Schöpel, Grünhäger Straße, ab. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus. Alle Genossen müssen sich beteiligen.
5. 8 Uhr. 8 Uhr treffen sich alle Bezirksleiter bei Reich, Kronheimer Str. 4. Von 6-7 Uhr Flugblattverteilung von den Jahlabendlokalen aus. Alle Genossen müssen erscheinen.
6. 8 Uhr. Von 6-8 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Jahlabendlokalen aus. Wir erwarten zahlreiches Gelingen.
7. 8 Uhr. Ab 4 Uhr Flugblattverteilung von Seidlitz, Weihenburger Straße 1, aus.
8. 8 Uhr. 8 Uhr Flugblattverteilung von den Jahlabendlokalen aus. Die Bezirksleiter holen dieselben um 5 Uhr von Wähler ab.
9. 8 Uhr. Nachmittags holen die Bezirksleiter die Flugblätter von Seibler, Seibler Str. 11, ab. Sonntag 9 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus.
10. 8 Uhr. 8 Uhr Abholung der Flugblätter von Burg, Prenzlauer Allee 120.
11. 8 Uhr. Die Bezirksleiter treffen die Billets zur Fahnenweihe bis Sonntag mittags 12 Uhr mit dem Postkoffer, Genosin Paul Ben, ab. Um 12 Uhr Sitzung des Verwaltungsausschusses und des stellvertretenden Ausschusses in der Wohnung des Genossen Ben.



Arbeit wird zur Spätereit, kaust du stets P.K. dabei!

P. K.-Kau-Bonbons sind während der Arbeit ein glänzendes Mittel zur Beruhigung der Nerven, besonders wenn das gewohnte Rauchen nicht zulässig. Millionen Menschen, jung und alt, erfreuen sich der angenehmen Wirkung der berühmten P. K.-Kau-Bonbons.

G. II. 14

Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Ueberall erhältlich!

WRIGLEY
PK KAUBONBONS
FABRIK:
WRIGLEY A.G. FRANKFURT a. M.

Ausschreibung!

Im Magistrat der Stadt Frankfurt am Main sind mehrere besoldete Stadtraisstellen neu zu besetzen. Die Wahl erfolgt auf die Dauer von 12 Jahren.

Gesucht werden fährende Persönlichkeiten auf dem Gebiete des Schul- und Kulturwesens, der Wirtschaft, der Technik, sowie hervorragende Juristen.

Mit den Stellen ist das Gehalt der Einzelgehälter Gruppe 2 bzw. 8 der Besoldungsordnung verbunden.

Persönliche Vorstellung nur nach erfolgter Anforderung.

Bewerbungen mit Lebenslauf und Ueberblick über die bisherige Tätigkeit sind bis spätestens 15. März 1927 nur an das Bureau der Stadtverordneten-Versammlung Frankfurt am Main, Rathaus, Zimmer Nr. 140,

einzureichen.

Frankfurt am Main, den 28. Januar 1927.

Der Vorsitzende
der Stadtverordneten-Versammlung.
L. Heißwold.

Rachitis, Skrofulose, Tuberkulose bedrohen alle Kinder!

Die Gefahr, daß Gesundgeborene durch Vernachlässigung verkrüppeln, muß systematisch bekämpft werden.

Eine Vernachlässigung beginnt, wenn Eltern die moderne Elternpflicht versäumen, jedes Kind in seinem ersten Lebensjahre vorbeugend mit der Quarzlampe „Künstliche Höhensonne“ - Original Hanau - bestrahlen zu lassen.

Fragen Sie Ihren Arzt!



Bei rachitischen Kindern werden an sich harmlosere Erkrankungen stets gefährlich. Nichts anderes als Rachitis ist meist die Grundlage der zahlreichen Todesfälle „an Masern“, „an Keuchhusten“, „an Grippe“. Die meisten Kinder, die an Rachitis schwer erkranken, laufen Gefahr, zu Krüppeln zu werden. Verkrüppelungen der Beine, Rückgratverkrüppelungen, vom einfachen schiefen Rücken bis zum schwersten Höcker, Plattfüße mit ihren lebenslänglichen Beschwerden, Zwergwuchs, Häßlichkeit der Gesichtszüge, stockige Zähne, vorspringende Stirn, eingezogene Nase, Beckenverengungen der Mädchen, die bei späterer Geburt zur Gefahr werden, sind alles Folgeerscheinungen schwerer rachitischer Erkrankungen der Kindheit; alle davon Betroffenen werden Unglückliche und in ihrem ganzen Leben in traurigster Weise körperlich und seelisch benachteiligt.

Was ist Rachitis?

Rachitis (englische Krankheit) ist eine derart verbreitete Erkrankung, daß — was häufig unbekannt — fast jedes Kind in Mitteleuropa im ersten Lebensjahr eine rachitische Erkrankung durchmacht. Rachitis bedroht alle Kinder vom 1. bis 6. Lebensjahre, gleichviel, ob arm, ob reich, gut oder schlecht ernährt, auf dem Lande wie in der Stadt. Wie erkennt die Mutter eine beginnende Rachitis? Durch Befühlen des Hinterkopfes, an dem sich weiche Stellen im Schädel nach zeigen; ferner durch häufiges Auftreten starken Kopfschweißes. In solchen Fällen muß sofort der Arzt befragt werden.

Es ist Elternpflicht,

jeden Säugling in seinem ersten Lebensjahre vorbeugend mit der Hanauer Quarzlampe bestrahlen zu lassen, da auch die Entstehung der Rachitis durch vorbeugende Bestrahlung sicher verhindert werden kann. „Rachitis bekämpfen heißt auch den Masern, dem Keuchhusten und banaleren Erkrankungen ihre Gefährlichkeit nehmen.“ (Husler.)
Fragen Sie Ihren Arzt!

Was ist Skrofulose?

Skrofulose ist eine besondere Form der Tuberkulose. Beim Säugling äußert sie sich im Wundsein, Ausschlag, Milchschorf, beim älteren Kinde in Neigung zu Katarrhen der Luftröhre (Schonpuppen, Husten, Heiserkeit) oder in Nesselsucht, Juckausschlag, Vergrößerung der Rachen- oder Gaumenmandeln u. a. m. Ferner in Abmagerung, Blässe, Appetitlosigkeit, Mattigkeit, leicht erhöhte Temperaturen. Oft besteht lange anhaltende Ohreiterung. Am häufigsten anzutreffen aber ist eine Entzündung der Augen, Tränenfluß, wunde Lidränder und starke Lidklappe. Insbesondere sollten auch die Kinder bestrahlt werden, bei denen nur Drüsenvergrößerungen ohne die Zeichen der Skrofulose bestehen. Findet die Mutter am Halse ihres Kindes kleine Knötchen, so sind die Drüsen des ganzen Körpers geschwollen. Das Kind hat keinen Appetit und ist nervös. Diese Drüsenkrankheit (lymphatische Diathese) wird mit Sicherheit durch die ultravioletten Strahlen der „Künstlichen Höhensonne“ auf das günstigste beeinflusst. — Nicht nur bei Skrofulose, sondern auch bei vielen anderen Formen der Tuberkulose, bei Tuberkulose-Verdacht werden nach den Erfahrungen zahlreicher Autoritäten treffliche Heilerfolge erzielt durch die billige, bequeme und schnellwirkende Ultraviolet-therapie mit Quarzlampe „Künstliche Höhensonne“ — Original Hanau —.
Fragen Sie Ihren Arzt!

Helfen Sie mit! Ihre wirksame Mithilfe

kann darin bestehen, bei Ihrem Bürgermeister und den von ihm gewählten Abgeordneten anzuregen, daß den Mutterberatungsstellen, den Fürsorgestellen, den Wohlfahrtsämtern, den Schulen ärztlich geleitete Bestrahlungsanlagen angegliedert werden. Die geringen Kosten kann jede Gemeinde aufbringen. Ärzte und Stadtverordnete sollten dazu beitragen, daß den Schulen, den Fürsorgestellen, den Gemeinden, den Wohlfahrtsämtern und größeren Fabriken ärztlich geleitete Bestrahlungsstellen mit Quarzlampe „Künstliche Höhensonne“ — Original Hanau — zur Behandlung nach Prinzipien von Professor Jastonek angegliedert werden. Für einen Bruchteil der Kosten, die die Anstalt nur eines Kranken sonst verursacht, können täglich viele Kranke mit Quarzlampe „Künstliche Höhensonne“ — Original Hanau — bestrahlt werden. Jede rechtzeitig begonnene Bestrahlung spart Unsummen öffentlicher Gelder, die sonst für Anstaltskuren geopfert werden müssen — Verlangen Sie zur Begründung von Anträgen die „Merkblätter für Eltern und Pädagogen“ betreffs Rachitis, Skrofulose, Tetanie (Säuglingskrämpfe). Die Abgabe erfolgt kostenlos.

Quarzlampe-Gesellschaft m. b. H. — Hanau a. Main, Postfach Nr. 143

Ein Aufklärungsfilm zur Verhütung rachitischer Erkrankungen der Kinder wird Korporationen, Gemeinden, Vereinen auf Antrag leihweise zur Verfügung gestellt. Verlangen Sie das „Filmflugblatt“ kostenlos.

Westarp erklärt sich.

Wie er es aufgefaßt hat. — Demokratische Oppositionsrede.

Während der Rede des Zentrumsabgeordneten v. Guérard im Reichstag, die wir bereits in der gestrigen Abendausgabe wiedergaben, ist ein völkischer Mißtrauensantrag eingegangen, der sich gegen den Reichskanzler Dr. Marx, den Außenminister Dr. Stresemann und den Finanzminister Dr. Köhler richtet.

Abg. Dr. Koch-Beser (Dem.)

erklärt, die Rede des Grafen Westarp stehe unter dem Zeichen des Mißtrauens einer achtjährigen hemmungslosen Opposition. Das Zentrum habe das Bekenntnis einer schönen Seele erwartet, aber was man gestern erlebt hat, war kein Bekenntnis, nicht einmal ein Lippenbekenntnis, sondern eine Masterrade. Solche Reden seien typisch für die Art, die der alten kaiserlichen Diplomatie den Ruf der Doppelzüngigkeit eingetragen habe. Die Deutschnationalen seien überdemokratisch in ihren Mitteln und undemokratisch in ihren Zielen. Sie hätten keine Ahnung davon, daß man im Volksstaat Politik nur im Licht der Öffentlichkeit treiben kann.

Keine Erklärungen und Gegenklärungen würden den Schaden wieder gut machen können, den diese Koalition, die nicht zusammengehört, schon am ersten Tage ihres Auftretens erlitten hat.

Man könne schon heute sagen, daß die Deutschnationalen keine eigene Außenpolitik machen werden. Aber sie erschweren durch ihre Reden dem Außenminister, Bertrauen für seine gute Außenpolitik zu gewinnen. Unerträglich sei es, wenn die Deutschnationalen sich jetzt um die Verantwortung wegen der Abmachungen über die Ostfestungen zu drücken versuchen. Die Regierung müsse die Politik der Verständigung so konsequent, einheitlich und ohne Rücksicht auf Parteipolitik treiben, daß das Rheinland geräumt und die allgemeine Abrüstung herbeigeführt wird. Die Festigung der Republik würden die Deutschnationalen ebenfalls nicht aufhalten können. Die Reichswehr werde nur dann ein taugliches Instrument sein, wenn sie mit allen Schichten des Volkes Fühlung hält. Für die Rechte gelte als entpolitisiert, was sie allein in der Hand hat, und als politisiert, was sich ihrem alleinigen Einfluß entzieht. Der Redner bespricht weiter Finanzfragen und erklärt, daß die wirkliche Rationalisierung des Finanzwesens nur möglich sei auf den Bahnen des Unitarismus. In der Schulpolitik sehe man die Richtlinien nicht ohne Besorgnis. Am bedenklichsten sei die Entstehungsgeschichte der neuen Regierung. Nicht Rücksicht auf die Sozialdemokraten, sondern

Mißtrauen gegen den neuen Regierungspartner halte die Demokraten von der Beteiligung an der Regierung zurück.

Reichskanzler Marx habe seine Bemühungen, eine Koalition der Mitte zu bilden, vorzeitig aufgegeben. Sachlich bedenklich sei auch das System der beschränkten Aufträge. Der Reichskanzler könne

bei der Kabinettsbildung nicht in die Fänge zwischen Fraktionen und Reichspräsidenten eingezwängt werden. Die Ausdehnung der Rechte des Reichspräsidenten nach amerikanischem Muster sei undenkbar. Das deutsche Volk sei für ein Zweiparteiensystem noch nicht reif. Genau wie in Frankreich werde auch in Deutschland nur eine Regierung des Ausgleichs und der Versöhnung erträglich sein, bei der die Mitte führe. Die Demokraten werden, so erklärt der Redner zum Schluß, in einer sachlichen und selbständigen Opposition mehr leisten können und die Kontrolle darüber besser in der Hand haben, ob die Mitglieder der Regierung mit ihren Richtlinien Schritt halten können und wollen, als in der Regierung. (Beifall b. d. Dem.)

Westarp korrigiert seine „Auffassungen“.

Abg. Graf Westarp (Dnall) gibt hierauf, wiederholt von Zwischenrufen und Gelächter unterbrochen, folgende Erklärung ab: Auf einige Fragen des Abg. v. Guérard möchte ich gewissen Mißdeutungen meiner Rede in der Presse alsbald durch Darlegung dessen, was ich gesagt habe, entgegenreten. Die Politik der Revanche, die, wie wir stets ausgeführt haben, kein deutscher Begriff (!) ist, und den Gedanken an eine Politik der Gewalt habe ich, wie gleichfalls oft von uns geäußert ist, auch wegen Deutschlands Wehrlosigkeit als ausgeschlossen erklärt. Deshalb haben wir uns eine Außenpolitik mit dem Ziel gegenseitiger Verständigung im Einklang mit der Regierungserklärung zu eigen gemacht. Die einfache Feststellung der Tatsache, daß die deutschnationalen Minister an dem letzten Kabinettsbeschlusse über Ostfestungen und Kriegsgerät nicht teilgenommen haben, weil sie teils noch nicht ernannt waren, teils ihr Amt noch nicht angetreten hatten, rief eine mit unverständlicher Erregung hervor. Diese Feststellung entsprach ebenso den Tatsachen wie der Umstand, daß uns und dem hohen Haupte der Inhalt jenes Beschlusses noch nicht bekannt ist. Selbstverständlich ist, daß die deutschnationalen Minister, nachdem sie Mitglieder des Kabinetts geworden sind, den Befehl durchzuführen bereit sind. Die Ueberzeugung endlich, daß das Werk der gegenseitigen Verständigung seine Verwirklichung nicht gefunden hat, solange deutsches Land von fremden Truppen besetzt ist und unter fremder Herrschaft steht, ist, wie ich weiß, Allgemeingut. Gerade aus ihr folgt die Notwendigkeit, auf die ich besonders hingewiesen habe, in weiteren Verhandlungen den Anspruch Deutschlands auf endliche Räumung zur Durchführung zu bringen. — Damit habe ich das meinige zur Aufklärung von etwaigen Mißverständnissen getan; gegen Mißdeutungen ist niemand geschützt.

Abg. Reich (Bayr. Op.) betont, die Linkspresse habe sich eifrig bemüht, Stein um Stein auf den Weg zu werfen, damit der Kurs nur nicht nach rechts geht. Die Bayerische Volkspartei könne sich auf die kurze Erklärung beschränken: Wir billigen die Erklärung der Regierung und werden sie loyal in der Durchführung ihrer Politik unterstützen.

Abg. Henning (Döfl.) bezeichnet die Regierungserklärung als unzulänglich und unbefriedigend. Der Regierungswechsel scheine keinen Dauerzustand zu schaffen, sondern sei vielleicht nur eine Episode im parlamentarischen Betrieb. Wenn die Deutschnationalen ihre Verpflichtungen eingehen gegen die Wehrverbände, gegen die Beamten, so sei das Gefährdungslumperei, Gefährdungsschnüffelei. Denken Sie (zu den Deutschnationalen) auch daran, daß die Reichswehr nicht nur gefährdet ist durch die Sozialdemokraten, sondern auch im Völkerbund.

Gegen 3 Uhr verlegt sich das Haus auf eine Stunde, um dem Vorkomitee Gelegenheit zu einer Erklärung zu geben. — In der neuen Sitzung legt Abg. Stoeker (Komm.) eine Interpellation vor, in der gesagt wird, daß der neue Innenminister v. Reudell auf seinem Gute eine Abteilung der verbotenen Olympia-Organisation beherbergt habe. Sie sei militärisch von einem Offizier der Reichswehr ausgebildet worden, der zu diesem Zweck beurlaubt wurde. (Zuruf rechts: Quatsch!) Präsident Löbe erklärt dazu, daß die Interpellation erst der Regierung vorgelegt werden müsse, daß sie daher zurückzustellen sei. — Die Aussprache über die Erklärung der Regierung wird darauf fortgesetzt. Das Wort erhält der Abg. Landsberg (Soz.), über dessen Rede wir im Hauptblatt berichten.

Nach Landsberg spricht der Deutschnationaler Abg. Dr. Lejeune-Jung. Er versichert den ehrlichen Willen und die ehrliche Bereitschaft seiner Partei, an den praktischen Aufgaben der neuen Regierung mitzuarbeiten. Der Redner geht dann auf die Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Nirgends zeige sich tatsächlich ein ernst zu nehmender Wille, der europäischen Krähwinkel und Schlagbaumwirtschaft ein Ende zu bereiten. Unser ernstestes Problem bleibe noch für lange Zeit das bevölkerungspolitische. Es gelte, nicht bloß Erwerbslose zu beschäftigen, sondern die Erwerbslosen wieder zu bodenständigen Arbeitern mit fest gegründeter Arbeitsgelegenheit zu machen. Der Redner betont besonders die Notwendigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Er erörtert weiter die Rationalisierungsbestrebungen der Industrie, bei denen es sich auch um eine Erscheinung der Rot handele. Den gewaltigen Leistungen, die hier das deutsche Unternehmertum schaffe, könne man seine Hochachtung nicht versagen. Eine monopolistische Ausbeutung des deutschen Marktes müsse natürlich verhindert werden. Die Ergebnisse der wirtschaftlich fortgeschrittenen Organisationsform müßten allen Teilen der Bevölkerung zugute kommen. Inhalt und Abschluß von Vereinbarungen mit ausländischen Organisationen müßten mit den allgemeinen Richtlinien der deutschen Wirtschaft und Außenpolitik in Einklang stehen. Der Redner tritt für Förderung aller Maßnahmen ein, um die Existenz des Mittelstandes zu erhalten und auszubauen. Dem Zustand müsse klar gemacht werden, daß es Deutschland durch die neuerlichen wirtschafts- und handelspolitischen Maßnahmen seiner meisten Wettbewerbsländer unmöglich gemacht wird, einen wirtschaftlichen Ueberfluß im Sinne des Dames-Gutachten zu erarbeiten. An erster Stelle müsse das Reich sein kostbares Vermögen, die lebendige Arbeitskraft, schützen und vor Ausbeutung und Raubbau bewahren. An dem Begriff des Privateigentums dürfe nicht gerüttelt werden.

In einer persönlichen Bemerkung antwortet Reichsinnenminister Dr. v. Reudell auf die Fragen des Sen. Dr. Landsberg: Die Frage,

VERSALE
alles in den Schatten!

stellt

Es wäscht von selbst und schont die Wäsche in nie gekannter Weise.

VERSALE
Ohne Arbeit schneeweiße Wäsche

Hermsdorfer Holzindustrie
HERMSDORF (THÜRINGEN)

HHT

Sprossen-, Gerüst-, Treppen-, Bau- und Wirtschaftsleitern aller Art
Schub-, Schiebe- und Steinkarren
Scharfraufen, Dachspäne u. andere Holzwaren

Liefen wir zu niedrigsten Preisen bei bester Ausführung.

Radio-Anlagen
ohne Anzahlung
nach 5 Monatsraten à M. 5.—
Ferner in Lohnspeicher-Anlagen zu günstigsten Bedingungen liefert das Fachgeschäft

Radiotyp, BERLIN NW 40
Alt-Moabit 124
Tel. Moabit 9230 (gegenüber dem Kriminalgericht)

Albert Springare
Großgarage und Tankstelle
Tag und Nacht geöffnet
Auto-Reparatur-Werkstatt
Fernspr. Norden 1275 u. Alexander 4370
Lothringer Str. 107, Ecke Lindenstraße 14, am Prenzlauer Tor.

Der weisse Rabe
unter den 4 Pf. Cigaretten
Warum?
Weil es eine andere 4 Pf. Cigarette von dieser Qualität nicht gibt.

RARITÄT
ist die meistgerauchte, weil weitaus beste 4 Pf. Cigarette Deutschlands.

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G.M.B.H. Breslau und Köln

Der letzte Sieg.

Von Erwin Frehe.

Als Klaus in jener Nacht aus dem Dunkel des Lichtspieltheaters hinaustrat in den dümmrigen Großstadtkabend, taumelte er wie betrunken an den nächsten Randelaber, lehnte seine Stirn an das regennasse Eisen und sah sie noch einmal...

Hatte es noch Sinn, zu leben?
O, Kamilla, bist du schön, mit deinen dicken, blonden Zöpfen, mit deinen tiefen, rüffelbraunen Augen, deinem Lachen, Lächeln... Aber während ihm das Gesicht dieses Mädchens klar und stolz erschien, so wie sie eben im schwarzen Raum auf ihn geblickt hatte, gestand es sich, daß es nicht das Weib war, das ihn in solche zitternde Erregung versetzte. Wie war das doch? ... Er kam zur neuen Auf- führung, sachlich, nüchtern, ja — um über die Beere des Abends hinwegzukommen. Und jetzt wühlten seine aufgeschreckten Hoffnun- gen, seine ungebändigten Gefühle in ihm, von denen er geglaubt hatte, daß sie längst verendet wären im teuflischen Log, der zwischen dem kalten Mietzimmer und dem Kontorschimmel verging.

Wie jäh aufgestellte Bistonen durchstürmten ihn die vielen Bilder seiner früheren Reisen. Plötzlich ritt er wieder mit dem selbst gefangenen, scheckigen Mustang am Rande des riesigen Ur- waldes hin, ritt durch pfadlose Bisangwälder, über verrottete Hoch- ebenen, an deren Horizonten sich neue Dickichte türmten, wilder und noch schrecklicher, bis sich der üppige, strogende Wald lichtet und von allen Seiten die Südfsee gegen ihn anmugte. Ja, damals auf dem Korallenland — er spürte den jarten Griff des braunen Mädchens, das ihn nachts weckte und hinausführte unter den glühenden, sprühenden Sternennachtstimmeln. Wie sie ihn dann durch die Lagune ruderte und draußen — die Insel blühte hinter ihnen wie ein Traumgestalt — still anblühte und sie sich vermählten unter den silbernen Sternengürteln... Doch dann stand er wieder allein in bengalischer Wälder, im Tropenwald, und sah, wie der Königs- tiger langsam auf ihn zuschritt. Doch ehe er ansetzen konnte, brauste der afrikanische Sambesi schwarz neben ihm auf und er lag mit seinen wegunkundigen, verzweifelt Regern unter den hohen Kammwäldern. Wie da plötzlich ganz ferne Trommesignale zu hören waren und die unerwartete Reitung sie alle in einen erglaublichen Kampf versetzte, der sie wie Kinder tollten und tanzten ließ... Das Feuer warf seinen roten Brand auf den gurgelnden, schlammigen Fluß...

Das alles hatte Klaus mitgemacht, oben, in seiner Stube mit den weißen Wänden, die sich ausweiten konnten zu Steppen, Ozeanen, Bergwäldern, die auch nicht verhinderten, daß das geschwefelte Band der Milchstraße über seine Zimmerdecke hinweg... Am letzten Ende dieser Erlebnisreihe sah er die großen Augen Kamillas auf sich gerichtet.

Seine Stirn von dem kalten Eisen des Randelabers abhebend, drehte er sich müde um und sah, wie vor dem Bild der gefeierten Schauspielerin — das unter einem Glaskasten ruhte — ein Freund von ihm stand, ein Gefährte der Arbeit, der täglichen Fron. Etwas wie Feindschaft stürzte in ihm hoch — aber der andere begründete ihn freundschaftlich, freudig redend, — schweigend jedoch eine Sekunde er- staunt, als er den weichen Blick Klaus' nach jenem Bilde sah...

„... Auch du! Soch nur — ich kenne das: aber es ist Täuschung und Illusion, Klaus! Alles ist Schminke, Lippenstift und Glycerin! Kosmetik und Samtereme, noch ein Strich über die Augenbrauen! Mann, willst du dich wegen eines Trugwertes zer- reißten?“

Was — alles verkürzter Schrein? Da sah Klaus, was er bis jetzt nie glauben wollte, — sah, wie auf den westindischen Inseln keine braunen Brüder und Schwestern mit amerikanischen Regen- schirmen spazierten, mit billigen Kattunstoffen prunkten und Brantwein saßen; sah, wie von den Hafenstädten aus die Luft- fende zu ihnen kam, wie sie statt ihres uralten Grußes: „Ach liebe dich!“ dem Fremden Flüche nachsandten, erblickte aber auch, wie fußballspielende Eingeborene die Anerkennung der Weißen errangen und die sagenhaften Rothhäute mit Zylinder und Ordensband vom Präsidenten des Landes empfangen wurden...

Da, in dieser wirbelnden, chaotischen Zeitspanne erhob er sich über die Trümmern seiner verhöhten Träume. Er rief den Freund zurück, stellte sich vor das Bild der schönen Frau und spie ihr wild ins Gesicht, spie auf schimmernde Korallenbänke, azurine Meere, auf purpurne Sonnenaufgänge und orangene Dämmerstunden, auf Pampas, Pferde, Mädchen und zuletzt auf zwei große Augen...

Ledig aller Trunkenheiten, frei von allen Sehnsüchten verschwor sich Klaus dem Mittag, wurde Zahl, Maschine, bewusster Verdächter der Ferne. Dachte er aber an jenen Abend zurück, so glaubte er ein Schlachtfeld zu schauen, auf dem er als einziger Sieger triumphierte.

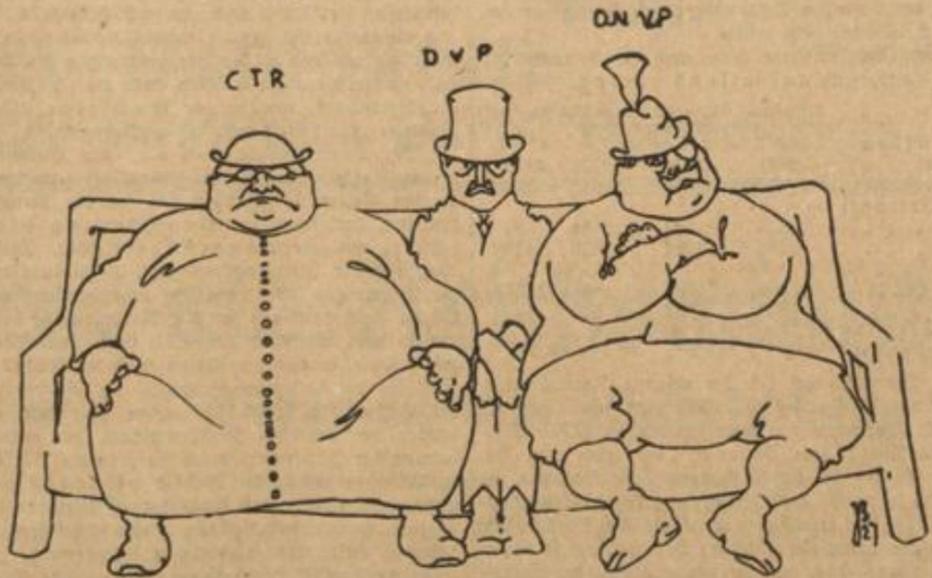
Neue Wege zur Staatserziehung.

Von Dr. Walter Bacher.

Seit dem Einzuge der Jugendbewegung in unsere höheren Schulen ist der Kampf um eine Neugestaltung der deutschen Er- ziehung nicht wieder zur Ruhe gekommen. An die Stelle der alten Lern- und Oberlehrerschule tritt in zähen Ringen mit der Be- harrungstendenz weltlicher Kreise aus dem Lager der Lehrer und Eltern die Arbeits- und Staatsbürgererschule. Noch sind die Wege nicht völlig frei. Die Richtlinien des preussischen Unterrichtsmini- sters für den Umbau der höheren Schulen weisen wohl schon hin- über ins neue Land, wagen aber noch keine befreiende Tat gegen- über der erdrückenden Fülle des Wissensstoffes, dessen mechanische Aneignung einst behördlich gewünschtes oberstes Ziel war. Um so begrüßenswerter ist der Mut einzelner Schulen, mit ihren Leh- rern und Schülern aus altgewohnten Gleisen herauszukommen und Neues zu beginnen.

Die allgemeine Durchführung der monatlichen Klassenwande- rungen ließ in Großstadtschulen den Wunsch nach einem eigenen Schullandheim laut werden, einem Heim, das womöglich geeignet war, eine Klasse für mehrere Tage oder Wochen zu beherbergen. Man dachte zunächst an gemeinsame Ferienunternehmungen von Lehrern und Schülern. Das im Aufbau der Frankfurter Goethe-Schule entsprechende Berliner Grünwald-Gymnasium tat einen weiteren Schritt, dem andere Schulen folgten. Es erwarb mit Hilfe seiner leistungsfähigen Elternschaft ein Gartengrundstück nebst geeigneten Baulichkeiten in Werder. Während der Sommer- monate werden dort in regelmäßigen Abständen einzelne Klassen verlegt und unterrichtet. Soweit der Fachunterrichtsbedarf nicht durch die in Belegung der Jungen hinausziehenden zwei Lehrer gedeckt werden kann, werden Nachmittagsstunden abgehalten, die durch andere aus Berlin herauskommende Mitglieder des Kolle- giums wahrgenommen werden. Der Landheimaufenthalt dauert im allgemeinen nur 14 Tage, eine für Zwecke der Gemeinschafts- erziehung und der Erholung wohl nicht ausreichende Zeit. Auch die

Am Ziel der Wünsche.



Der Volksparteiler: „Wenn ich nur wüßte: hab' ich dies Resultat eigentlich gewollt oder nicht gewollt!“

Einzelherausnahme einer Klasse in ländliche Umgebung erscheint als halbe Maßnahme, wenn man bedenkt, daß durch ein Zusammen- leben mit den Lehrern und im Kreise gleichaltriger Kameraden wohl einige, aber längst nicht alle Möglichkeiten gemeinschaftlicher Erziehung erschlossen werden können. Vielmehr besteht sogar die Gefahr, daß durch eine stärkere Pflege des Klassengeistes die an sich schon geringe Reizung zum Erlassen der Schule als eines sozialen Körpers weiter verringert wird. Eine unerwünschte Auswirkung läßt sich kaum denken. Unsere höhere Schule leidet an sich schon in ihrer erzieherischen Arbeit allzusehr unter ihrer vor- läufig kaum entbehrlichen vertikalen Klassengliederung. Das Gefühl der Verpflichtung jüngerer Kameraden gegenüber bleibt meist un- gemerkt, und mit ihm fehlt Tausenden unserer Abiturienten die Bindung an den Staat als äußere Form eines lebendigen Organis- mus. Dem läßt sich nur abhelfen, wenn Schullandheime geschaffen werden, in denen die gleichzeitige Aufnahme verschiedener Schul- jahrgänge einer Anstalt möglich ist.

Als erstes Berliner Gymnasium und, soweit der Verfasser sehen kann, als erste preussische Schule überhaupt, versuchte das unter Leitung von Professor Dr. Paul Hildebrandt stehende Luisen- städtische Gymnasium den Weg zum großen Schulland- heim. Ein städtisches Nachgut in Zerpenschkeule am Finowkanal beherbergt sechs seiner Klassen: Brimen, Sekunden, Terten und eine Sexta. Zwei Schlässe für je sechzig Jungen, ein Tagesraum, mehrere Klassenzimmer und Wochräume wurden von der Stadt Berlin in einem Speichergebäude hergerichtet. Ein ehemaliger Pferdestall nahm den Esaal und die mit großen Kochkesseln ver- sehene Küche auf. Die fünf ständig anwesenden Lehrer waren zum größten Teil mit den Jungen zusammen untergebracht. Nur zwei wohnten in ehemaligen Inspektorenhaus, dessen größtes Zimmer auch für Unterrichtszwecke verwendet werden kann. Die geschlossenen Räume wurden freilich außerhalb der Ruhezeiten nur bei schlechtem Wetter benutzt. Von 6 1/2 Uhr an, wenn der Weckruf zum Morgen- lauf und zu gemeinsamen Atemübungen vor dem Waschen und Bettenrichten ertönte, bis lange nach der Abendmahlzeit waren Lehrer und Schüler ständig beisammen. Die Unterrichtsstunden be- gannen nach dem Frühstück um 8 Uhr und dauerten ohne Pausen bis 11 1/2 Uhr. Sobald das zweite Frühstück vorüber war, zogen alle Landheimbewohner ins benachbarte, dem Kreise gehörige Luft-, Wasser- und Sonnenbad. Eine Stunde Betruhe als Pflicht für sämtliche Schüler leitete den Nachmittag ein, der den Primären und Sekundären noch ein bis zwei Stunden Unterricht brachte, namentlich an zwei Wochentagen, an denen einige Herren des Kolle- giums aus Berlin kamen, um den Fachstundenplan zu ergänzen. Die Jüngeren hatten Gelegenheit zu Spiel und Sport. Handwerks- gruppen fertigten Gebrauchsgegenstände für die erit notdürftig ein- gerichteten Heimräume oder besetzten die Wege. Ein naturgeschicht- licher Wettbewerb hielt die Botaniker und Zoologen in Atem. Zeit- ausflüsse bereiteten den feierlichen Empfang der Eltern vor, deren Besuch am letzten Sonntag des auf drei Wochen berechneten Schul- heimaufenthalts erfolgte. Eigenständigkeit, Schüler selbstverwaltung sind Ziele, auf die man durch Schulgemeindeforderungen und Aussprachefreie verschiedener Art hinstrebt. Wenn es gelingt, diesen neuen Zweig erzieherischer Arbeit zu einer Dauereinrichtung werden zu lassen, wird der Geist der Schulgemeinde auch drinnen in der Großstadt lebendig werden.

Der Schwierigkeiten gibt es auf der neuen Bahn naturgemäß viele. Sie liegen zunächst im Wirtschaftlichen. Jeder Schüler hat für Unterbringung und reichliche, gute Verpflegung täglich 1,50 R. zu bezahlen. Das macht in drei Wochen den Gesamtbeitrag von 11,50 R. aus, für Eltern im armen Berliner Norden keine un- erhebliche Summe. Rateneinzahlung und besondere Spenden suchen alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, damit die Klassen voll- zählig hinausverlegt werden können. Sonst würde ein weiteres Hemmnis, die Umgestaltung des Stundenplanes, für die zurück- bleibenden Klassen allzu groß werden. Vielleicht ist es schon um dieser Änderungen willen ratsam, späterhin die Landheim- aufenthaltszeit auf einen vollen Monat oder auf ein Vierteljahr auszuweihen, damit Lehrer- und Stundenwechsel nicht alle drei Wochen eintreten. Vier Wochen Landheimarbeit bedeutet auch für den beteiligten Lehrer eine besondere Anspannung. Er wird auf manche Sonderinteressen, auf persönliche Bequemlichkeiten und auf fast jede freie Zeit verzichten müssen, um eines Zieles willen, das höher als das bisherige liegt.

Denn schon die ersten Tage im Heim zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie unsicher das soziale Empfinden der meisten Jungen ist. Nur einige wenige, meist in Bündeln der Jugendbewegung ge- schult, begreifen sofort, was es bedeutet, wenn je drei Schüler der oberen, mittleren und unteren Klassen Heimgruppen zu bilden haben. Die Betten dieser Gruppen stehen nebeneinander. Die Großen sollen den Kleinen beim Bettmachen, beim Waschen und Anziehen zur Hand gehen. Bei Tisch sitzen sie zusammen, die Lehrer übrigens mitten unter ihnen, schon um den Sitzverwalter nicht in die Versuchung einer besonderen „Offiziersverpflegung“ zu führen. Freizeit und Abendstunden finden immer wieder alt und jung bei- einander. Wie wenige sind an solche Verpflichtungen gewöhnt. Jen- seits der Gutsmauern lockt der Wald, dort die unentwegten Jen- städter auch das Wirtshaus. Alles könnte man kronenlos „ge- nießen“, wenn man nicht Jüngeren ein Vorbild zu sein hätte, nicht allmählich hineinwüchse in eine Mittelstellung zwischen den Lehrern und dem Volk der Jüngsten! So spürt wohl mancher zum erstenmal den Geist gesunder Bindung im Rahmen der werdenden mensch-

lichen Gesellschaft. Das kann die schönste Klassengemeinschaft nicht vermitteln. Hier hilft nur das Deffnen vertikaler Bindungen voran, die den alten horizontalen Schulbau kreuzen. Das Leben im Land- schullheim kann uns folchem Ziele näher bringen.

Dringend zu wünschen wäre aber, daß dieses pädagogische Neu- land für alle Großstadtschulen gewonnen würde. Daß nicht nur die besser situierten Jüglinge der höheren Schulen, sondern auch die großen Massen der Volksschüler an seinen Segnungen teil- nehmen könnten.

Alle Schuld rächt sich auf Erden.

Von Hubert Bastari.

In einem der letzten regenreichen Abende redete mich in einer der belebtesten Gegenden des Berliner Zentrums ein älterer, gutge- kleideter, offenbar den besseren Ständen angehörender Herr an und bot mir mit einem Tonfall und einer Miene, denen deutlich eine verlegene Scham anzumerken war, ob ich ihm wohl mit 15 Pfennig ausbilden könnte. Er wolle mit der Straßenbahn nach seiner Woh- nung in einem südwestlichen Vorort fahren und habe (soeben zu seinem Schrecken festgestellt, daß er sein Portemonnaie vergessen habe.

Einem Augenblick blieb ich verduht stehen. Man wird ja so oft in manchmal merkwürdigen Formen angebettelt, aber diese An- frage war doch in ihrer Richtung von Offenheit und Verschämtheit so original, daß man sie schon ernst nehmen konnte. Der Herr machte in seinem ganzen Auftreten einen gewiß glaubwürdigen und teilnahmebedürftigen Eindruck. So konnte ich mich nicht gleich ent- schließen, ob ich der Bitte willfahren oder den Herrn für einen Schwindler halten und ihn abweisen sollte.

Da tauchte bähartig eine Erinnerung in mir auf. Vor etwa 18 Jahren hatte ich ein sehr vergnügtes Sommersemester in einer mitteldeutschen Universitätsstadt hinter mir und wollte mich im An- schluß daran mit meinen Eltern in einem Thüringer Kurort zu einem mehrtägigen Ferienaufenthalt treffen. Mit meinem Reise- geld hatte ich in den letzten Tagen bis zu meiner Abreise so gewirt- schaftet, daß ich nach meiner Berechnung gerade noch knapp ans Ziel gelangen konnte. Am Morgen der Abfahrt nahm ich mir für den Transport meines Reisegepäckes eine Droschke und fuhr nach dem Bahnhof. Der Kutscher, dem ich zunächst auf Heller und Pfennig den Betrag aushändigte, den die Tage angezeigt, polterte mich an, daß er doch wohl auch ein Trinkgeld dafür zu beanspruchen hätte, daß er meine Koffer aus dem zweiten Stockwerk auf die Straße hin- untergetragen hätte. Mit einem leisen inneren Erschauern gab ich ihm noch fünfzig Pfennige. Dann löste ich mir eine Fahrkarte und gab mein Gepäck auf. Als ich aber das Gepäc bezahlen sollte, stellte ich zu meinem Schrecken fest, daß mir zehn Pfennige fehlten. Was tun? Ich mußte sofort zehn Pfennige beschaffen oder ich konnte nicht abfahren. Da sah ich, wie ein eleganter Herr ein Zwanzigmart- stück aus dem Zahlbrett des Fahrkartenschalters legte, sich eine Fahr- karte zweiter Klasse geben ließ und das zurückgehaltene Geld lose in die Tasche steckte. Schnell entschlossen trat ich an den Herrn heran und bat ihn sehr gedrückt, mir zehn Pfennige zu leihen. Das dumme, in diesem Falle ganz unsinnige Wort „leihen“ ist mir heute noch deutlich im Gedächtnis. Der Herr gab mir ohne Umschweife zehn Pfennige und ich konnte erleichtert mein Gepäc bezahlen und meinen Zug besteigen.

Die Erinnerung an dies Erlebnis entschied mein Verhalten gegenüber dem Herrn, der mich um 15 Pfennige für die Straßen- bahn gebeten hatte. Es konnte immerhin möglich sein, daß der Herr sich in einer ähnlichen Verlegenheit befand wie ich seinerzeit. Für mich stand es jedenfalls fest: Hier werden endlich die Leihenzeit „geliehenen“ zehn Pfennige mit Zinsen von der zurückverlangt. Mit einer gewissen Hast zog ich mein Portemonnaie, gab dem Herrn mit einigen freundlich begütigenden Worten 15 Pfennige und entzog mich schnell den freudigen Dankesworten, die hinter mir her- klangen.

Reklame auf Grabsteinen. In Amerika heiligt, wenn es um Reklame geht, der Zweck alle Mittel und man schreckt selbst nicht davor zurück, die Grabdenkmäler der Geschäftspropaganda dienstbar zu machen. So liest man beispielsweise auf dem Kirchhof von Long Island auf einem Leichenstein die Inschrift: „Unter diesem Stein schläft Annie Hopkins den ewigen Schlaf. Sie starb elend, nachdem sie ihre Schönheit verloren hatte. Sie würde sie aber sicher heute noch besitzen, wenn sie jeden Abend die Seifencreme von Carlton u. Sons benützt hätte.“ Eine andere Inschrift lautet: „Unter diesem Stein ruht eines Tages John Bernestan von der Firma Bernestan u. Chapla ruhen, der bekannten Drogenhandlung, die er heute noch in voller Lebenskraft leitet.“ Und auf den Wänden des Krematoriums liest man die Ankündigung: „Wenn Ihr noch lange Zeit diesem Ort fern bleiben wollt, so müßt Ihr täglich Euerm Salat mit dem Essig „Red Pill“ anrichten.“

Der älteste Füllfederhalter wurde im Jahre 1806 in Wien her- gestellt. Er diente dem Zweck, den Blinden das Schreiben mit der Hand, ohne die Notwendigkeit des Eintauchens der Feder, zu er- möglichen. In ihm wurde eine dickflüssige Tinte verwendet, die kurz nach dem Schreiben erstarre und das Fühlen der Schrift ermöglichte. Dieser erste Vorgänger des modernen Füllfederhalters befindet sich in dem Museum der staatlichen Blindenanstalt in Berlin-Steiglih, Rothenburgstr. 14, das viele andere, für jedermann interessante Wertwürdigkeiten enthält.

Der Kreuzweg der Zinspolitik.

Zum Reichsbankausweis für Ende Januar.

Sollten hat der Monatschluß für Börse, Geldmarkt und Banken so geringe Schwierigkeiten bereitet, wie der vorige. Das Angebot auf dem Geldmarkt hat sich seitdem nicht nur verringert, sondern noch verstärkt. Obwohl der Diskontsatz seit dem 11. Januar mit 5 Proz. für deutsche Verhältnisse sehr niedrig geworden ist, haben die Zinssätze des offenen Geldmarktes wieder nachgegeben und die Geldmarktsfälle hat trotz des niedrigen Diskontsatzes den Anreiz zur Inanspruchnahme der Reichsbank nicht erhöht.

Diese Inanspruchnahme erscheint denn auch im Ausweis der Reichsbank für das Januarende auffallend gering.

2. Quartal 3. Quartal Ende 1926 Jan. 1927
(in Millionen Mark)

Kosten und Schulden	2. Quartal	3. Quartal	Ende 1926	Jan. 1927
Reichsbanknotenumlauf	2971	3251	3735	3410
Giroeinl. der Kundschaft	527	595	648	576
Kredite an die Wirtschaft				
Lombardkredite	143	142	84	82
Wechselfkredite	1288	1384	1829	1415
Rotendeckung				
durch Gold	1492	1598	1831	1835
durch Devisen	325	522	519	421
Deckungsverhältnis				
Gold u. Devisen zusammen	61,2%	65,2%	82,0%	68,2%

Gegenüber der Vormoche hat sich die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank nur um 106,6 auf 1885,5 Millionen erhöht, gegenüber einem mehr als Vierfachen der Inanspruchnahme (470,5 Millionen) in der letzten Woche vom Dezember. So sehr man die Bilanzrückfichten der Banken bei der Steigerung Ende Dezember in Betracht ziehen muß, so verrät doch die geringe Inanspruchnahme Ende Januar, daß trotz des ermäßigten Diskonts die Banken sich auf die Reichsbank nicht angewiesen fühlten. Das tritt um so mehr hervor, als mehr als zwei Drittel der neuen Aktien der Reichsbank, rund 72 Millionen auf Lombarddarlehen entfielen, die sich auf 81,6 Millionen erhöhten und nur 35,3 Millionen auf Wechsel und Schecks, die auf 1415 Millionen anwuchsen. Der Abzug der auf Girokonten angelegten Kundengelder mit 510,4 Millionen (Bestand 574,6 Millionen) war normal und läßt zum mindesten erkennen, daß der Geldbedarf in der Reichsbanklandschaft vorhanden war, sich wahrscheinlich aber, wie die Börse überhaupt eine ungeheure Anziehungskraft ausübt, auf die Durchhaltung von Börsenpositionen richtete. Im Zusammenhang mit diesen Geldbeziehungen ist der Umlauf an Zahlungsmitteln bedeutend gestiegen. Bei äußerst geringer Inanspruchnahme der Reichsbankmittel für eigentliche Wirtschaftskredite (35,3 Millionen für Wechsel) ist der Umlauf an Zahlungsmitteln mit 519,3 Millionen fast fünfzehnfach so groß. Der Umlauf an Reichsbanknoten ist um 432,9 auf 3409,6 Millionen, der an Rentenscheinen um 86,4 auf 1108,1 Millionen gestiegen. Die Goldbe-

stände sind mit 1834,7 Millionen fast unverändert, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 80,4 auf 421,1 Millionen verringert. Ueber die Gründe des Rückganges der Devisenbestände wird nichts mitgeteilt. Gegenüber der Vormoche hat die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold und Devisen zusammen den großen Sprung abwärts von 78,5 auf 66,2 Proz. gemacht, bleibt aber mit diesem Verhältnis noch sehr hoch. Jedenfalls ist es charakteristisch, wie außerordentlich groß sowohl die Sprünge in der Rotenvermehrung, als auch in der Verschlechterung des Deckungsverhältnisses sind, während auf der anderen Seite die kreditregulierende Funktion der Reichsbank, wie sie im Wechselgeschäft sich ausdrückt, geradezu minimal genannt werden muß.

Vor einem Monat, noch vor der Diskontherabsetzung, hatte es den Anschein, daß die Reichsbank schon weitgehend den Anschluß an den Geldmarkt gefunden und sich der Ausübung ihrer Hauptfunktion, der bewußten Regulierung der Kreditwirtschaft, weitgehend angenähert habe. Diese Erwartung hat, das zeigt der Januarausweis und die Entwicklung auf dem Geldmarkt, getrogen. Bei nicht sehr erheblich verringertem Geldumlauf hat die Reichsbank von den 800 Millionen, die sie seit Ende September in ihren Wechselbeständen bis Ende Dezember 1926 wieder aufgeholt hatte, in einem Monat rund die Hälfte verloren. Damit wird für die bisherige Zinspolitik der Reichsbank, die den Sägen des Geldmarktes nachließ, ohne aber dem eigentlichen Krebschaden der deutschen Kreditwirtschaft, der monopolistischen Weithaltung der Zinsspanne durch die privaten Bankentartelle, ernsthaft zu Leibe zu gehen, die Schicksalsfrage gestellt. Geht es so weiter wie bisher, und heute hat es durchaus diesen Anschein, so ist für die Zinspolitik kein Ende abzusehen, während auf der anderen Seite die absolute Zinssenkung wegen der Zinsspannenpolitik der privaten Banken der Wirtschaft die Vorteile der Zinsverbilligung vorenthält. Jedenfalls äußerst sich die große Zinsverbilligung, wie sie im letzten Jahre vorgenommen worden ist, bisher fast nur in einer Erhöhung des Kurswertes der Aktienunternehmungen und der landwirtschaftlichen Güterpreise, ohne daß aus der Zinsverbilligung die erwartete Steigerung der Produktivität der Unternehmungen und der Landwirtschaft fühlbar zutage tritt, die sich unbedingt auch in der Aufhebung der Arbeitslosigkeit äußern müßte.

Da die bisherige Zinspolitik der Reichsbank infolge ihrer Einseitigkeit dazu nur wenig beigetragen zu haben scheint, wird sich die Öffentlichkeit vielmehr als bisher mit der anderen Seite der offiziellen Zinspolitik zu beschäftigen haben, die nicht nur die billigste, der absoluten Zinshöhe nach, sondern auch die wirtschaftlichste Lösung der nationalen Kapitalversorgung ins Auge faßt: d. h., dem wirklichen Preise nach, den die Wirtschaft den Banken für ihre Funktionen bezahlen müssen.

Es abwegig muß es bezeichnet werden, daß der Reichsbahn unbestritten das Recht zusteht, „den Grad ihrer Liquidität ausschließlich nach ihrem eigenen Urteil über ihre finanzielle Lage zu bestimmen“, was sie neuerdings offensichtlich für sich in Anspruch nimmt. Die deutsche Reichsbahn ist ein öffentliches Unternehmen, gehört dem Deutschen Reich, und die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, sich zu ihrer Finanzpolitik kritisch zu äußern und von der Reichsregierung zu verlangen, daß sie einen Druck auf die Reichsbahngesellschaft in der Richtung ausübt, daß keine fehlerhafte Finanzpolitik von ihr getrieben wird.

Anschluß Südosteuropas an den Eisenpakt.

Vor einer neuen Produktionseinschränkung.

Am Freitag ist in Luxemburg der Verwaltungsausschuß der Internationalen Rohstahlgemeinschaft zusammengetreten. Der Anschluß der österreichischen, tschechoslowakischen und ungarischen Werke wurde endgültig gutgeheißen.

Ferner wurde die Weltmarktfrage erörtert und in Aussicht genommen, unter engerem Zusammenhänge der Rohstahlgemeinschaft eine weitere Produktionseinschränkung entsprechend der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes vorzunehmen.

Bergarbeiter zur Ferngasfrage.

Bochum, 4. Februar. (Fig. Draht.) Die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes Deutschlands beschäftigte sich am Freitag mit der Frage der Ferngasversorgung und legte ihre Stellungnahme in einer Entschließung nieder, in der heißt:

„Die Energieversorgung unseres Landes ist eine öffentliche Aufgabe, die einer einheitlichen Regelung zur Förderung des allgemeinen Wohls bedarf. Die Fernleitung der im Bergbau erzeugten Koksereignisse ist geeignet, eine Stärkung der gesamten Energiewirtschaft herbeizuführen; an der Lösung der damit aufgeworfenen Fragen verantwortlich mitzuarbeiten, ist Abfall und Mühe der durch den Verband der Bergarbeiter Deutschlands vertretenen bergbaulichen Arbeitnehmer. Die Ausdehnung der Gemeinwirtschaft auf die werdende Großgaswirtschaft ist zur nachdrücklichen Vertretung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte vor denen der Privatwirtschaft, besonders in bezug auf Preisbildung und Gestaltung der Produktions- und Abflußbedingungen, dringend erforderlich. Die Bergarbeiter treten ein für die einheitliche Zusammenfassung der auf der Umwandlung und Veredelung der Kohle aufbauenden Energiewirtschaft im Wege der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, um die wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Beteiligten, namentlich auch der etwa erwerbslosen Arbeiter zur maßgeblichen und unmittelbaren Geltung zu bringen.“

Die Industrie im Januar.

Die Ergebnisse im Ruhrbergbau waren nach den Berichten der preussischen Industrie- und Handelskammer nicht durchaus befriedigend, die Förderung ging zurück und verursachte eine Abgabeminderung bis zum 21. Januar um 20 000 Tonnen gegenüber der gleichen Zeit im Dezember; sie betrug bis zum 22. Januar 7 253 537 (8 244 369) Tonnen Kohle, 1 554 877 (1 742 408) Tonnen Koks. Auf dem Koksmarkt ist ein Rückgang der Exportaufträge zu verzeichnen. Die Wehrabnahme von 400 000 Tonnen im Dezember ist zum größten Teil auf die Einwirkung des Reichskohlenkommissars zurückzuführen. Die Koksbestände auf den Jochen sind auf 620 000 Tonnen gesunken, die Speichellager sind geräumt. In Oberschlesien ist der Inlandsabruß gestiegen, der Export gesunken. Auch die Konkurrenz der englischen Kohle ist schnell auf dem deutschen Kohlenmarkt und den Nebenmärkten in Erscheinung getreten; die Preise für englische Kohle sind nur wenig höher als vor dem Streik. Während der Absatz an Reinkali im Dezember 957 269 Doppelzentner betrug, dürfte er im Januar um etwa das Doppelte (!) gestiegen sein.

In der Grobfeinindustrie ließ das Geschäft etwas nach, besonders der Ausfuhrmarkt ist ruhiger geworden; ob die augenblickliche Beschäftigung noch längere Zeit bestehen bleibt, erscheint nicht sicher. Die englische Hochfeinindustrie kommt mit der raschen Zunahme der Förderung in England allmählich wieder in Betrieb. Die Schrottpreise haben keine Steigerung erfahren. Aus der Maschinenindustrie wird schlepplendes Geschäft im In- und Ausland gemeldet. Die Lokomotivindustrie zeigt eine Belebung, in der Landmaschinenindustrie ist die Situation ruhig.

Die Beschäftigung und der Abzug der chemischen Industrie wird als befriedigend angesehen. In der elektrotechnischen Industrie hält die Besserung an, im Schiffbau hat sich die Lage nicht unerheblich gebessert. Der Geschäftsgang der Automobilindustrie hat sich weiter günstig entwickelt.

Rekordabfuhr des Kalksindikats. Das Kalksindikat hat im letzten Monat 1,90 Millionen Doppelzentner (Reinkalwert) abgesetzt, gegen nur 0,96 Millionen Doppelzentner im Dezember, 0,68 Millionen Doppelzentner im November und 0,85 Millionen Doppelzentner im Januar 1926. Diese außerordentliche Abfahrtssteigerung, die jedenfalls überwiegend auf das Inlandsgeschäft entfällt, zeigt deutlich, daß die Landwirtschaft lauffähig ist und daß man auf die Klagen aus dem agrarischen Lager wahrlich nicht viel zu geben braucht. Die großen Käufer der inländischen Landwirtschaft zur Eindeckung für die Frühjahrsvorräte erfolgen nämlich sonst erst im Februar. In diesem Monat wurden in den beiden Vorjahren 1,86 und 2,02 Millionen Doppelzentner abgesetzt. In diesem Jahre kaufte also die Landwirtschaft schon früher und sie wird jedenfalls auch mehr kaufen. Im laufenden Düngejahr, ab Anfang Mai, sind bereits 8,13 Millionen Doppelzentner gegen 7,42 Millionen in derselben Zeit des Vorjahres abgesetzt worden. Diese durchaus günstige Entwicklung zeigt aber auch, wie ungerechtfertigt die Erhöhung der Kalkpreise war, die gegen Ende Dezember erfolgte und die damals damit begründet wurde, daß der Absatz zu gering sei, um dem Kalkbergbau ein rentables Arbeiten zu ermöglichen. Als der Januarabfuhr vor einiger Zeit auf 1,5 Millionen Doppelzentner gesunken wurde, hat das Kalksindikat diese Zahl als viel zu hoch bezeichnet — sehr zu Unrecht, wie sich nunmehr zeigt, da die endgültige Ziffer noch um fast 1/2 Million Doppelzentner höher ist.

Die Wirkung der Kraftfahrsteuer. Die Spitzenverbände des Kraftfahrwesens haben beim Reichsfinanzministerium beantragt, den Zuschlag zur Kraftfahrsteuer in Höhe von 25 Proz. ab 1. April 1927 fallen zu lassen. In dieser Eingabe wird über den Reichsverband der Fuhrbetriebe Deutschlands die Mitteilung gemacht, daß dessen Unterverbände im vierten Quartal 1926 circa 30 bis 40 Proz. aller vorhandenen Kraftfahrzeuge hauptsächlich wegen der Steuerbelastung außer Dienst gestellt hätten. Schon jetzt ist festzustellen, daß ein großer Teil derjenigen Transportbetriebe, die bisher mit Kraftfahrzeugen gearbeitet hätten, mehr und mehr zum Pferdebetrieb zurückkehrten, was sich bei einer weiteren Steuererhöhung für Kraftfahrzeuge noch verstärken würde. Im Ausland seien mit Ausnahme von England die Kraftfahrsteuer niedriger, Belgien habe gerade jetzt die Steuer für Personenkraftwagen um 25 Proz. und für Kraftfahrzeuge um 50 Proz. ermäßigt.

Zusammenhänge der luxemburgischen Eisenindustrie. Unter dem Namen „Groupement des Industries sidérurgiques“ hat sich jetzt die luxemburgische Eisenindustrie zusammengeschlossen. Der Konzern umfaßt folgende Werke: Arbed, Terres Rouges, Dugrée, Marbais und Steinfort. Die Konzentration ist eine Folge der Einbeziehung der luxemburgischen Eisenindustrie in den internationalen Eisenpakt.

Die Kursprünge an der Börse.

Die Wirtschaft kauft Aktien.

Bereits im gestrigen Abendblatt haben wir darauf hingewiesen, daß neuerdings an der Aktienbörse eine Kaufbewegung großen Stils im Gange ist, die in ihren Formen auf das lebhafteste an die Vorgänge der Inflationszeit erinnert. Hat schon der Januar ganz beträchtliche Kurssteigerungen gebracht, so ist nun im Februar die Bewegung sprunghaft übersteigert worden: Der 1. war ein ausgesprochener Kauftag, desgleichen, nach einer vorübergehenden Abschwächung, der 3. Februar, und am gestrigen Tage hat dann geradezu eine Hochflut der Nachfrage eingesetzt. Dabei ist es weniger die eigentliche berufsmäßige Börsenspekulation, die jetzt kauft — diese hält sich vielmehr im allgemeinen schon etwas vorsichtig zurück — sondern es ist die Großindustrie, besonders die Schwerindustrie des Westens, die jetzt Anlagemöglichkeiten für ihre Gewinne sucht. Vielfach handelt es sich darum, daß große Industrieunternehmen und -gruppen jetzt darauf ausgehen, die Aktien mehrheiten anderer Gesellschaften in ihren Besitz zu bekommen. Bei diesen Kämpfen um Beherrschung oder Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit bildet sich dann schnell eine große Milieufürerschaft an Käufern, die aus der mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwartenden weiteren Kurssteigerung Gewinne zu ziehen hoffen.

Die außerordentliche Ausdehnung der Kaufstätigkeit wird dadurch erleichtert, daß die Banken in überreichlichem Maße billige Kredite, anstatt sie der Produktion zuzuleiten, für Effektenkäufe zur Verfügung stellen. Die unnatürliche Geldflüssigkeit am Börsengeldmarkt dauert weiter an. Andererseits verfügen sehr viele Industriefirmen, selbst solche mittleren und kleineren Umfangs, über erhebliche flüssige Reserven. Beispielsweise sind die Bankguthaben bei den Vereinigten Glanzstofffabriken (Alberfeld) von 2,4 Millionen Mark Ende 1925 auf 10,3 Millionen nach dem Stand vom 30. September angestiegen, während gleichzeitig die Schuldenverpflichtungen von 6,6 auf 2,3 Millionen zurückgegangen sind!

Die größten Kurssteigerungen in den letzten Tagen sind bei Braunkohlen-, Steinkohlen- und Kalkaktien eingetreten. Der Kurs für die Bisseaktie ist binnen drei Tagen um fast 100 Proz. auf rund 375 Proz. gestiegen und steht damit völlig außer Verhältnis zur Höhe der Dividende, die jedenfalls wieder 8 Proz. betragen wird. Hier sollen „Kampfkäufe“ eine große Rolle gespielt haben. Aber auch andere Braunkohlenwerte sind stark gestiegen. Da die Industrie, die über die Wert- und Gewinnverhältnisse so am besten Bescheid wissen muß, selbst kauft, kann man sich also vorstellen, wie günstig die industrielle Lage in Industriezweigen angesehen wird. Daß gerade jetzt im Braunkohlenbergbau Bohrerhöhlungen abgelehnt werden, wirkt auf die Verhältnisse ein besonderes Licht! Bei Steinkohlenwerten sind gestern — an einem Tag! — Kurssteigerungen um bis zu 15 Proz. bei Kalkmercen, im Zusammenhang mit den Meldungen über günstige Absatzentwicklung, sogar solche bis zu 25 Proz. eingetreten. Die Aktien der Vereinigten Glanzstofffabriken, die im Februar bisher „nur“ 20 Proz. gewonnen haben, stehen jetzt auf rund 570 Proz. — bei einer Dividende von 15 Proz.! Hier, wie bei vielen anderen Gesellschaften, bieten die Ausschüsse, an Kapitalerhöhungen zu gewinnen, den Anreiz zu großen Käufen. Auch Textilwerte, Papier- und Zellstoffaktien sind um 10 bis 15 Proz. in die Höhe getrieben worden.

Das ganze Bild der Börse zeigt mit aller Klarheit die ungesunde Entwicklung einer nach Anlage und Expansion drängenden Heberfülle an flüssigen Kapitalen, die aus den Konjunktur- und Rationalisierungsgewinnen der letzten Zeit herühren, aber, da Kaufkraft und Absatz bei überhöhten Preisen fehlen, nicht den natürlichen Weg in die Produktion zurückfinden.

Die Geldreserven der Reichsbahn.

Das Recht der öffentlichen Kritik.

Anlässlich des Vorwurfs der Ihesaurierungspolitik, den wir gegen die Reichsbahn erhoben haben, hat man an einzelnen Stellen ihre Finanzpolitik verteidigt. Daraufhin wollen wir im folgenden unterrichten, wie sich die notwendige Liquidität der Reichsbahn zu ihrem Bestande an Bargeld und Bankguthaben von drei Viertel Milliarden Mark verhält.

Im Reparationsnormaljahr wird die Reichsbahn an unumgänglichen Verpflichtungen monatlich 55 Millionen Mark für den Dienst der Reparationsobligationen und nach dem jetzigen Emissionsstande der Vorzugsaktien monatlich 4,5 Millionen Mark für den Dienst der Vorzugsaktien zurückzustellen haben. Dies ist also die notwendige Höhe des Betriebsüberschusses, die im Monatsdurchschnitt erzielt werden muß, um die Verpflichtungen der Reichsbahn reibungslos zu erfüllen.

Der ungünstigste Betriebsabschnitt des Jahres 1926, das erste Drittel, blieb um einen Betrag von rund 90,8 Millionen hinter dem Soll der normalen Reparationslast für ein Vierteljahr zurück. Nach Ausschaltung der geschätzten Saisoninflüsse ermäßigt sich der Fehlbetrag auf rund 83,3 Millionen. Man wird kaum unterstellen können, daß jemals ein ganzes Jahr in einem so ungünstigen Zeichen stehen wird wie dieser Zeitabschnitt. Selbst dann aber würde der gesamte für ein so ungünstiges Jahr zu erwartende Fehlbetrag auf rund 1/2 Milliarde Mark zu schätzen sein. Dies ist bestimmt der Höchstbetrag der Reserve, den die Reichsbahn zur Deckung von Ausfällen zu halten genötigt ist. Für jeden Betrag, der darüber hinausgeht, wäre eine besondere Rechtfertigung notwendig.

Gemäß sieht das Reichsbahngesetz die Bildung einer Reserve von 1/2 Milliarde vor; die Sachverständigen hatten jedoch bekanntlich ein sehr viel ungünstigeres Bild von der deutschen Wirtschaft, als wir es heute haben dürfen, und es ist eine selbstverständliche Folge, daß demgemäß ihre Einschätzung des möglichen Ausfalls vorsichtiger war, als wir sie heute vornehmen können, und eine Verringerung des Reichsbahngesetzes in dieser Hinsicht erscheint erwünscht. Diese Reserve von 1/2 Milliarde Mark wäre für die Zwecke der Reichsbahn an sich völlig ausreichend. Man kann ihr aber auch noch für die Zwecke der Kassenhaltung einen zusätzlichen Barbetrag zubilligen, der mit der Hälfte eines 10tägigen Umlages reichlich hoch angesetzt ist. Das wären weitere 150 Millionen (laut Bilanz vom 31. Dezember 1925 betrug der Kassenbestand in bar 144 Millionen), insgesamt also 400 Millionen Mark. Das darüber hinaus geht, ist Ihesaurierung. Es ist Ihesaurierung um so mehr, als gerade 1926 die Heranziehung öffentlicher Mittel zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung in großem Maße erwünscht und allgemeine Forderung in Deutschland war. Berührt wird dieser Vorwurf dadurch, daß die Reparationsgesetzgebung von 1924 gar nicht daran dachte, daß die Reichsbahn sich auch in kritischen Zeiten auf ihre eigenen Rücklagen stützen würde, sondern ausdrücklich vorkam, daß ihr und der Reichspost bei der Reichsbank ein Betriebskredit von insgesamt 200 Millionen im Bedarfsfalle offenstehen würde. An der Bereitwilligkeit der Reichsbank, ohne besondere Bedingungen hinsichtlich der Verfügung über Reichsbahngelder einen derartigen Kredit zur Verfügung zu stellen, kann kein Zweifel bestehen.

Nach diesen Überlegungen wird ein Zweifel daran kaum möglich sein, daß ein Barbestand von 1/2 Milliarde Mark als übermäßig bezeichnet werden muß. Angesichts der Höhe dieses Barbestandes erscheinen die außerordentlichen Ausgaben der Reichsbahn im Jahre 1926, die rund 1/2 Milliarde Mark, d. h. knapp die Höhe der der Reichsbahn von außen in Form von Reichskrediten und Vorzugsaktienrisiken zugeflossenen Mittel, betragen, als verhältnismäßig zu niedrig, auch dann noch, wenn man annimmt, daß für noch nicht ausgeführte Reichsbahnaufträge circa 100 Millionen erst im Jahre 1927 gezahlt zu werden brauchen. Auch kann man kaum bestreiten, daß die Verdoppelung dieses Betrages, die unter Liquiditätsgesichtspunkten durchaus im Bereich der Möglichkeit gelegen hätte, für einen Konjunkturausgleich durch Vergebung von zusätzlichen Bau- und Materialaufträgen von erheblicher Bedeutung hätte sein können.